



Protokoll der 17. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. April 2026, 17:00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Löliger Christoph (FDP/Mitte)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste ://: Dem Antrag des Ratsbüros wird einstimmig zugestimmt und das Traktandum 4 «Klima-Vorstösse, BPK-Bericht» (Nr. 2022-115) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt.	- 2022-115d
1. Protokoll der Ratssitzung vom 25.03.2026 ://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 25. März 2026 wird vom Rat einstimmig genehmigt.	
2. Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) ://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.	2025-64 2025-64a-c
3. Feuerwehrpflichtersatzabgabe-Reglement (ESL 762.2); Teilrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) ://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Teilrevision des Reglements für die Feuerwehrpflichtersatzabgabe der Stadt Liestal (ESL 762.2) mit der beschlossenen redaktionellen Anpassung und setzt dieses per 1. Januar 2027 in Kraft.	2025-75 2025-75a
4. Fragestunde Vom Stadtrat werden 14 Fragen und 4 Zusatzfragen beantwortet.	-
5. Busfahrplan-Verschlechterung – Interpellation betreffend neuer Busfahrplan für Liestal von Denise Meyer der SVP-Fraktion Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.	2025-77
6. Sportanlagen-Benützung – Bericht Stadtrat zu Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion ://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2023-199 einstimmig zur Kenntnis. ://: Das Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel	2023-199 2023-199a

Jurt der SVP-Fraktion wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

7. Sportanlagen-Zugänglichkeit – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend die Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion
2024-25
2024-25a
*://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2024-25 mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis.
://: Das Postulat «Sportanlagen-Zugänglichkeit – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend die Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion von Daniel Jurt der SVP-Fraktion wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.*

8. Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim (SP) und Anita Baumgartner (GL)
2025-55
2025-55a
*://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2025-55 einstimmig zur Kenntnis.
://: Das Postulat «Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim (SP) und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie die Medienvertretenden und Gäste zur heutigen Ratssitzung.

Die Namen der entschuldigten Ratsmitglieder werden verlesen. Einige Ratsmitglieder werden wohl die Sitzung wegen den Rottenversammlungen vom heutigen Abend früher verlassen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über folgende Punkte:

- Gemäss amtlichen Mitteilungen ist Einwohnerratsmitglied Michael Durrer (GL) in stiller Wahl als Nachfolger von Stadträtin Marie-Theres Beeler mit Wirkung ab 1. Juli 2027 für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Stadtrat gewählt worden. Die Erwahrung wird von der GPK in der heutigen Sitzungspause formell noch bestätigt.
Er gratuliert seinem Rats- und Fraktionskollegen zur Wahl und wünscht ihm bereits an dieser Stelle viel Glück als Exekutivmitglied der Stadt Liestal ab Januar 2027.
- Mit E-Mail vom heutigen Morgen sind den Ratsmitgliedern vom Ratsschreiber die beiden ER-Vorlagen «Rechnung 2025» (Nr. 2026-86) und «Amtsbericht 2025» (Nr. 2026-87) zur Kenntnis gebracht worden. Diese Vorlagen sind vorgängig der heutigen Ratssitzung auch als Tischpapier aufgelegt worden.
Diese beiden Geschäfte werden an der Ratssitzung vom 24. Juni 2026 behandelt.
- Von etwa 15 Ratsmitgliedern haben wir bis zur heutigen Meldefrist noch keine Rückmeldung bezüglich dem Einwohnerratsausflug vom 07. Mai 2026 erhalten. Die An- und Abmeldungen möchte man heute noch Ratsschreiber Marcel Jermann melden.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Sitzungsdauer/Pause: Die heutige Sitzung wird um ca. 18:30 durch eine kurze Pause unterbrochen und es ist anzunehmen, dass diese vor 20:00 Uhr geschlossen werden kann, da die Traktandenliste vorgängig abgearbeitet werden kann.
- Die Geschäftsprüfungskommissions-Mitglieder möchten sich in der Pause beim GPK-Präsidenten für eine kurze Besprechung treffen. Auch die Mitglieder des Ratsbüros treffen sich in der Pause zu einer kurzen Sitzung.

Neue persönliche Vorstösse

- Stabhof-Durchgang – Interpellation betreffend gesperrter Stabhof-Durchgang von Daniel Schwörer der FDP/Mitte-Fraktion (Nr. 2026-88)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass die Behandlung des neuen Vorstosses bzw. der Interpellation Nr. 2026-88 im Einverständnis mit dem Interpellanten erst auf die übernächste Ratssitzung vom 24. Juni 2026 traktandiert wird, da diese vom Stadtrat schriftlich beantwortet werden soll, was für die Mai-Sitzung kurzfristig nicht machbar ist.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler gratuliert zunächst Michael Durrer (GL) von Seiten des Stadtrates für die Wahl in den Stadtrat. Der Stadtrat freut sich auf die Zusammenarbeit und wird dich bestens ins Team einführen. Dann habe ich eine Mitteilung bezüglich der Rechnung 2025. Ihr habt gesehen, dass die Rechnung einen Gewinn von CHF 1 Mio. ausweist. Dies resultiert insbesondere aus dem grossen Finanzausgleich in Höhe von CHF 4,2 Mio., den wir noch nie in dieser Höhe erhalten haben. Wir sehen aber, dass gewisse Positionen stabil hoch bleiben, beispielsweise im Bereich Alter. Da sind wir im Moment ein bisschen verschont, nachdem wir im Jahr 2023 einen massiven Anstieg bei den Kosten hatten. Wir haben auch gewisse Reduktionen beim Aufwand. Nichtsdestotrotz haben wir weiterhin ein Problem mit der Finanzierung der Investitionen und müssen dazu weiterhin Fremdkapital aufnehmen. Wenn wir in die Zukunft schauen, werden noch weitere Kosten auf uns zukommen. Dies im Rahmen des Entlastungspaketes des Bundes, welcher Kosten auf die Kantone abwälzt, welche wiederum Kosten auf die Gemeinden abwälzen werden. Dies insbesondere im Bereich des Asyl- und Sozialwesens, wo es eine Statusveränderung auf 5 Jahre geben wird, was einen massiven Einfluss auf unsere Erfolgsrechnung haben wird. Wir sind eigentlich mit dem aktuellen Ergebnis zufrieden, machen uns aber etwas Sorgen, was in Zukunft noch auf uns zukommen wird. Das bedeutet auch, dass wir nicht aus dem Vollen schöpfen können. Dann habe ich noch eine Information, die aus meiner Sicht und aus Sicht des Stadtrates schade ist. Tobias Wagner, der Bereichsleiter Finanzen/Einwohnerdienste, hat nach 5 Jahren in der Verwaltung die Kündigung eingereicht. Er hat sich dazu entschieden, sich selbstständig zu machen. Der Stadtrat hat die Nachfolge bereits eingeleitet. Tobias Wagner wird uns allenfalls auch weiterhin unterstützen können bei der Übergabe. Er hat massgeblich mitgeholfen beim finanziellen Berichtswesen, also beispielsweise auch der Rechnung, die wir vorliegen haben, dem Entwicklungsplan und der Weiterentwicklung der ganzen Finanzinstrumente. Er hat zudem stark unterstützt im Rahmen der Digitalisierung und der Einführung von neuen Kernapplikationen, insbesondere dem ERP, den wir haben. Wir danken ihm an dieser Stelle herzlich für seinen Einsatz, für seine Arbeit und wünschen ihm mit der Selbstständigkeit alles Gute. Und wenn die FIKO noch einen externen Berater braucht, dann kann sie auf Tobias Wagner zurückgreifen.

Stadtrat Thomas Eugster informiert über die Eröffnung des Sport- und Erlebnispark Goldbrunnquartier vom heutigen Morgen. Das ist eine temporäre Installation, die das Sportamt Baselland mit Geldern des Sport-Toto-Fonds, der aufgelöst wurde, aufstellen konnte. Es ist eine Superanlage. Es hat unter anderem einen Tegelball- und Tischtennistisch, ein Pickleball-Feld, Kraft- und Fitnessgeräte, es hat eine mobile Boulder-Wand, eine Slackline-Anlage, eine Pétanque-Anlage, einen mobilen Pump-Track, eine Spielecke, einen Fitnesszirkel und dann auch eine Finnenbahn rundherum zum Joggen. Es ist also eine wunderbare Gelegenheit, um Sport zu machen. Es ist gratis und offen für alle. Ich möchte euch dazu aufrufen, geht euch das einmal anschauen. Es ist eine Supersache und gut für eine sportliche Betätigung. Vielleicht kurz noch zu den Rahmenbedingungen: Das ist eine temporäre Installation bis dann einmal später bei den ehemaligen Blöcke der Psychiatrie weitere Projekte realisiert werden und das Land dann anders genutzt wird. Dann wird der Freizeit- und Sportpark wieder aufgehoben werden. Geniesst also die Zeit bis dahin und nutzt ihn, es ist eine ganz tolle Installation. Markus Eigenmann, Thomas Beugger vom Sportamt und ich haben diesen heute Morgen eröffnet.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Philipp Franke (GL) nimmt Bezug auf das Büro-Protokoll vom 23. April 2026 und stellt fest, dass entgegen der Annahme bei der Festlegung und dem Versand der Traktandenliste der BPK-Bericht zu den «Klima-Vorstössen» (Nr. 2022-115) von der vorberatenden Kommission nicht ein- und nachgereicht wurde.

Wegen des fehlenden BPK-Berichtes stellt das Büro deshalb den Antrag, dass das Traktandum-Nr. 4 «Klima-Vorstösse» (Nr. 2022-115) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt wird.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zu diesem Antrag gestellt werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros wird einstimmig zugestimmt und das Traktandum 4 «Klima-Vorstösse, BPK-Bericht» (Nr. 2022-115) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass keine weiteren Änderungen zur Traktandenliste angemeldet werden und er nun über diese abstimmen lässt.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. April 2026 mit der vorgängig beschlossenen Änderung einstimmig beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 25.03.2026

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt wird, da keine Änderungsanträge eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 25. März 2026 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

2. Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 (Nr. 2025-64) – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) Eintreten
- b) Bericht FIKO (Nr. 2025-64a)
- c) Bericht BPK (Nr. 2025-64b)
- d) Bericht SBK (Nr. 2025-64c)
- e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
- f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
- g) Einzelredner: Stellungnahmen
- h) Anträge

a) Eintreten

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (GLP) stellt die Frage, ob sie bereits jetzt etwas zur Gesamtwürdigung dieser Berichte sagen darf.

Präsidium Philipp Franke (GL) verneint die Frage. Dieses Votum kann im Rahmen der Fraktionserklärungen oder als Einzelrednerin geäußert werden.

b) Bericht FIKO (Nr. 2025-64a)

Peter Küng (SP) stellt als Präsident der Finanzkommission den FIKO-Bericht vor: Die Finanzkommission hat sich bei der Beratung des Entwicklungs- und Finanzplans 2026-2030 an drei Sitzungen zusammen mit den jeweiligen Stadträtinnen und Stadträten und ihren Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern mit ihren Themen im Entwicklungsplan auf einer sachlichen Ebene, aber auch in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen der jeweiligen Themen, vertieft auseinandergesetzt. Dieser Austausch ist aus meiner Sicht sehr wertvoll und fördert das Verständnis der Arbeit, die tagtäglich gemacht wird und in Zukunft auch geplant ist. Die Finanzkommission hat sich, wie im Bericht ausführlich dargestellt ist, mit den finanzpolitischen Zielen, die der Stadtrat im Entwicklungs- und Finanzplan vorgegeben hat, vertieft befasst. Die grosse Mehrheit der FIKO unterstützt die gesetzten finanzpolitischen Ziele des Stadtrates. Insbesondere wird die Priorisierung der Schulbauten bei den Investitionen als richtig bewertet. Eine kleine Minderheit ist der Meinung, dass noch mehr in nötige Investitionen investiert werden soll, anstatt in den Schuldenabbau. Erwähnenswert ist sicher auch, dass der Trend der Zahlen und die finanzielle Lage der Stadt Liestal in der Periode 2026-2030 in die positive Richtung geht. Das ist die Meinung der ganzen Finanzkommission. Die Finanzkommission hat in ihrer Beratung wieder einmal über die Art und Weise diskutiert, wie der Einwohnerrat das sehr wertvolle und gute Planungsinstrument behandeln soll. Wie ich im Bericht erwähnt habe, muss sich das Parlament die nachfolgenden Fragen stellen. Ist der Entwicklungsplan Teil des Budgets? In welchem Zeitraum wird der EP diskutiert? Dies in Anbetracht, dass wir jetzt schon fast im Monat Mai sind und über Zahlen sprechen, die eigentlich schon überholt sind, wie wir

heute nur schon in der Rechnung 2025 gesehen haben. Dann muss sich der Einwohnerrat auch fragen, in welcher Form der EP behandelt werden soll. Wir nehmen den EP nur zur Kenntnis. Sicher die wichtigste Frage ist schliesslich, wer diesen beraten wird. Weiterhin wie jetzt in drei Kommissionen oder nur in einer Kommission? Die Finanzkommission hat bei dieser Diskussion keine abschliessende Empfehlung gefunden. Da steht noch eine grosse Herausforderung vor uns. Die FIKO empfiehlt einstimmig, den Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 zur Kenntnis zu nehmen. Zum Schluss möchte ich im Namen der Finanzkommission allen Personen, die bei der Erarbeitung des Entwicklungs- und Finanzplans beteiligt waren und mitgewirkt haben sehr herzlich danken. Insbesondere bedanke ich mich auch für den offenen und konstruktiven Austausch in unserer Kommission und bei der Beratung. Diese Diskussion ist sehr wertvoll.

c) Bericht BPK (Nr. 2025-64b)

Peter Bürgin (FDP) hält die wichtigsten Punkte des BPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2025-64b fest: Die Einführung in den EP 2026-2030 hat wieder einmal als gemeinsame Sitzung zusammen mit der FIKO, der SBK und dem Stadtrat stattgefunden. Die folgenden langfristigen Ziele sind dabei erwähnt worden: Selbstfinanzierung, Stabilisierung der Finanzen, technologische Entwicklung und Digitalisierung sowie nachhaltiger Einsatz der Ressourcen. Die finanzielle Sicherheit und die Stabilität sind sicher von grösster Bedeutung. Das Geld muss vorhanden sein, damit man angestrebte Ziele erreichen kann. Dazu gehört auch das angestrebte Bevölkerungswachstum, das die neu geschaffene Infrastruktur dann nutzen wird. Das Wachstum ist schwer abschätzbar, es kann aber weiter mit einer Zunahme gerechnet werden. Die Verbesserung der Finanzen ist auch in den nächsten Jahren die grösste Herausforderung. Eine konsequente Aufgabenüberprüfung muss durchgezogen werden. Trotzdem muss mit den anstehenden Investitionen weiteres Fremdkapital aufgenommen werden und die Verschuldung wie auch die Zinslast wird weiter ansteigen. Mit der Bewilligung der Spezialzone Deponie Höli+ könnte sich die Rechnung vielleicht positiv verbessern. Auch zukünftige Kredite können günstig aufgenommen werden. Die Zahlungsfähigkeit ist gemäss Aussage nach wie vor kein Thema. Ebenso ist der Stadtrat bezüglich der freien Flächen bei der Rheinstrasse mit dem Kanton in intensivem Kontakt. Hingegen wäre der Weggang des Kantonsspitals ein herber Schlag gewesen für die Stadt Liestal und für das Gewerbe. Mittlerweile ist aber auch ein erster Entscheid zugunsten des Erhalts des Standortes Liestal gefällt worden. Dann zu den Beratungen der BPK. Wir haben natürlich wiederum die Bereiche Hochbau/Planung und Tiefbau miteinander besprochen. Interessant ist gewesen, dass bei den Ausführungen der jeweiligen Bereiche wichtige Themen angesprochen wurden, welche im EP nur am Rande erwähnt worden sind. Ganz generell teilt die BPK aufgrund des anhaltenden Investitionsstaus die Meinung des Stadtrats nicht, dass sich ab dem Jahr 2029 die finanzielle Situation der Stadt verbessern wird. Der Bereich Hochbau/Planung hat sich um folgende Themen gedreht: Neuer Schulraum, Instandhaltung des Schulraums, langfristige Sanierung von Gebäuden, Fern- und Regionalverkehr, Verkehrskonzept Verlegung A22 unter den Boden, Energie und Klima, ISOS und die Auswirkungen, die Deponie Höli und das Feuerwehrmagazin. Ab dem Jahr 2030 sollten die Schülerzahlen leicht sinken. Somit ist mit einer Stabilisierung des Raumbedarfs zu rechnen. Trotzdem müssen wegen der Ergänzungsbetreuung und dem Mittagstisch zusätzliche Kapazitäten in den Schulhäusern Fraumatt und Frenken realisiert werden. Zudem muss der Standort Mühlematt weiterhin betrieben werden, bis die Kinder auf das Rotacker- und Fraumattschulhaus verteilt werden können. In das Schulhaus Mühlematt wird jedoch nichts mehr investiert, obwohl der Gesamtzustand des Schulgebäudes nicht mehr zufriedenstellend ist. Die finanzielle Belastung der Stadt in Bezug auf die Schulanlagen wird für eine längere Zukunft sehr hoch bleiben. Die Sicherheit muss aber gewährleistet sein. Mittlerweile ist die Ertüchtigung der Schulanlage Rotacker in Bezug auf die Erdbebensicherheit aus dem EP herausgefallen, was in der BPK sehr negativ aufgefallen ist. Seit Jahren wird von der BPK beobachtet, dass immer wieder grössere Investitionen zeitlich aus dem EP herausgeschoben werden. Vom zuständigen Stadtrat wurde in Aussicht gestellt, dass über das Tool «Stratus» eine Darstellung gefunden wird, wie auch die langfristigen Investitionen sichtbar werden und somit auch diskutiert

werden können. Das Herausschieben des Sanierungsprojekts bedeutet natürlich ebenfalls faktisch eine Erhöhung der Schuldenlast. Eine spezielle Situation bilden auch die Goldbrunnen-Blöcke, die im Baurecht gebaut worden sind und in einem schlechten Zustand sind. Der Bauvertragsvertrag läuft bis ins Jahr 2034. Jetzt ist natürlich die Frage, was mit diesen Gebäuden danach geschieht. Der 15-Minuten-Takt der Züge ist ein positiver Schritt. Jetzt müssen aber auch noch die Anbindungen der Busse und der WB optimiert werden. Die Fahrplanabstimmungen der Schnellzüge zum Nahverkehr müssen auch angepasst werden, damit in Zukunft keine Pendler auf das Auto umsteigen. Die Stadt muss dazu weiterhin beim Kanton intervenieren. Liestal wird mit dem QP am Orisbach, dem QP Lüdlin, dem Fischmarkt und der Kanonengasse, dem Coop-Parkhaus und dem Zeughausparkplatz auch in Zukunft ein Bau-Hotspot bleiben. Neben dem normalen Verkehrsaufkommen muss auch noch zusätzlicher Baustellenverkehr bewältigt werden. Die Verkehrssituation darf sich aber nicht zusätzlich verschlechtern. Auch in den nächsten Bauphasen sind die Parkplätze für die Anlieferung, Einkäufe und sonstige Bewohner und Besucher ein heikles Thema. Das Verkehrskonzept muss somit dauernd überprüft und auf die aktuelle Situation angepasst werden. Dazu gehört natürlich auch die Velosicherheit. Das Projekt «A22 unter den Boden» ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Stadt und sollte aktiv behandelt werden. Anfang Mai 2026 wird die Fachperson Energie, Klima und Umwelt ihre Stelle antreten und mit der Arbeit anfangen. Ein grosses Thema wird die Ausarbeitung des Energieplans sein. Das Thema soll mit Priorität behandelt werden. Die Verfügbarkeit von Gas ist ein wichtiges Thema. Über kurz oder lange wird die IWB das Gasnetz abstellen. Den Liegenschaftseigentümern muss klar sein, auf welche Art der Energie sie setzen können und ihre Investitionen entsprechend planen. Aktuell läuft in Liestal die Überprüfung der im ISOS ausgeschriebenen Gebiete. In einem Pilotprojekt im Gebiet Sichtern wird aktuell zusammen mit den Grundeigentümern, mit Raumplanern und Landschaftsarchitekten geprüft, welche Möglichkeiten existieren, um neue Wohnbauten zu realisieren, ohne dass das schützenswerte Ortsbild darunter leidet. Die Definition des sogenannten schützenswerten Ortsbildes muss bei diesen Parzellen intensiv diskutiert werden, damit eine konsequente Anwendung auch auf weitere Gebiete möglich ist. Es ist von der BPK sehr positiv aufgenommen worden, dass die Volumina grundsätzlich nach dem Zonenreglement beurteilt werden. In vielen Fällen ist das Zonenreglement nicht voll ausgereizt und somit besteht grundsätzlich noch Potenzial für zusätzliches Bauvolumen. Die BPK ist zuversichtlich, dass die entsprechenden Bewilligungen für den Ausbau der Deponie Höli erteilt werden. Zudem hofft die BPK, dass die Stadt Liestal mit der Bürgergemeinde als Betreiberin der Deponie eine finanziell vorteilhafte Lösung verhandeln wird. Die BPK ist auch sehr erfreut, dass der Stadtrat mit der Bürgergemeinde den Landabtausch ausgehandelt hat und so eine gute Lösung für eine weitere Verwendung des alten Feuerwehrmagazins gefunden worden ist. Der Budgetkredit von CHF 300'000 ist nur leicht angetastet worden und steht somit für andere Aufgaben zur Verfügung. Dann zum Tiefbau. Da haben wir die nachfolgenden Themen diskutiert: Wasserversorgung, Grundwasserschutzzone, Einmischung des Kantons in die Wasserversorgung, Abtretung ans ASTRA, Nachhaltigkeit bei Baustellenabfällen und Schwammstadtsysteme. Im Bereich Tiefbau ist es der BPK sehr wichtig, dass die Bevölkerung vorerst mit genügend Wasser von hoher Qualität versorgt wird und setzt in Zukunft in dieser Hinsicht auf Eigenständigkeit. Seit einiger Zeit wird jede Quelle 24/7 mit 7 Parametern kontrolliert. Bei ungenügender Qualität wird das Wasser verworfen. Zudem werden in einem Kantonslabor pro Jahr hunderte bakteriologische Untersuchungen gemacht. Die Stadt Liestal hat ihre Aufgabe gemacht und will die Wasserversorgung auch in Zukunft in eigener Hand wissen. Zunehmend versucht der Kanton bezüglich der Wasserversorgung eine Zentralisierung vorzunehmen. Nach Gesprächen mit dem Kanton und der technischen Ausrüstung konnte das Pumpwerk Gitterli wieder in die Regionalplanung einbezogen werden, was insgesamt ein grosser Erfolg ist. Über den Wasserverbund mit einigen Gemeinden soll unabhängig der Hardwasser AG der Wasserknappheit in den Sommermonaten begegnet werden. Bezüglich Wasserverbund unter den Gemeinden sind jedoch rein leistungstechnisch die Voraussetzungen überwiegend noch nicht gegeben. So hält sich der Kanton zurück, steuernd auf die Gemeinden einzugreifen. Liestal setzt auch in Zukunft auf Eigenständigkeit bezüglich Trinkwasserversorgung. Strategisch sollen die Möglichkeiten zum Austausch von Trinkwasser mindestens mit den umliegenden Gemeinden sehr gut geklärt werden. Ein weiteres Problemfeld sind die Grundwasserschutzzone. Alle Grundwasserschutzzone

im Baselbiet sind sogenannten altrechtlich bewilligt. Es gibt im ganzen Baselbiet keine neurechtliche Grundwasserschutzzone. Die BPK ist über die sehr unerfreuliche und unbefriedigende Situation sehr überrascht. Wasser ist mitunter der wichtigste Grundstoff für die Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass die Grundwasserschutzzonen rechtlich nicht geregelt sind. Der BPK ist es bewusst, dass die Stadt gegenüber dem Bund, welcher das nicht praktikable Vorgehen definiert hat, keinen grossen Hebel hat. Die Stadt Liestal muss aktiv und intensiv über den Kanton darauf hinwirken, dass das Thema Grundwasserschutzzone rechtlich geregelt wird. Grundwasserschutzzonen sind grundsätzlich unantastbar, auch wenn sie altrechtlich bewilligt sein sollten. Deshalb gilt auch bei den Projekten des Kantons im Bereich Gitterli, dass keine neuen Verkehrsführungen beim Kreisel bewilligt werden, solange die Thematik Grundwasserschutzzone nicht geklärt ist. Im Jahr 2020 hat die Stadt acht Brückenbauwerke entlang der A22 der ASTRA abgetreten. Trotz Abtretung die ASTRA ist der Unterhalt dieser Brücken von ca. CHF 1 Mio. pro Jahr nicht geregelt. Die Verträge sind bis heute nicht ausgehandelt und somit trägt nach wie vor die Stadt die Kosten. Die BPK ist der Meinung, dass diese Situation nicht länger akzeptabel ist und mit Priorität gelöst werden muss. Im Tiefbauprojekt ist wiederholt das Thema Recycling angesprochen worden. In dem Projekt ist jedoch vielfach darauf hingewiesen worden, dass die meisten Projekte zu klein sind und somit die Volumina zu klein sind, um wirklich nachhaltige Effekte erzielen zu können. Die BPK macht jedoch wiederholt darauf aufmerksam, dass das Thema Nachhaltigkeit und Recycling von Baustellenabfällen konsequenter und intensiver angegangen werden muss. Die BPK ist erfreut, dass das Thema Schwammstadtsystem vom Bereich Tiefbau intensiv behandelt wird. Dazu gehören Themen wie Entsiegelung von Oberflächen, Verdunstung zur Kühlung bei Hitze, Regenwasserspeicher, Versickerungsmulden, Beschattung und Begrünung. In der Vergangenheit ist bei Quartierplänen konsequenter darauf geachtet worden, dass Vorgaben bezüglich diesen verschiedenen Themen gemacht worden sind. Das zeigt auch schon positive Resultate wie zum Beispiel der QP Erzenberg mit der Nutzung der Erzenbergquelle und der Versickerungsanlagen von den Strassenoberflächenwasser der A22. Die BPK würdigt und unterstützt die gewählte Strategie der letzten Jahre und die kostenbewusste Planung und Umsetzung der Bauvorhaben auch in Zukunft. Für die meisten BPK-Mitglieder ist der EP gut nachvollziehbar und verständlich. Die BPK kann sich jedoch der Meinung der Stadt nach wie vor nicht anschliessen, dass sich anhand der vielen zurückgestellten Investitionen im Hochbau die finanzielle Sicherheit der Stadt ab 2029 verbessern wird. Die BPK ist sehr gespannt auf die angekündigten Resultate aus den Stratus-Erhebungen, welche die langfristige Situation aufzeigen soll. Eine Entspannung ist aus BPK-Sicht und Einschätzung nicht in Sicht. Beim Tiefbau besteht nach wie vor die Möglichkeit, Synergien mit anderen Unternehmen und mit dem Kanton zu nutzen, was bezüglich der Finanzen natürlich einen positiven Effekt hat. Die Bau- und Planungskommission beantragt dem Einwohner einstimmig, die beratenen Abschnitte des Entwicklungsplans 2026-2030 zur Kenntnis zu nehmen.

d) Bericht SBK (Nr. 2025-64c)

Lukas Flüeler (GL) nimmt Bezug auf den SBK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2025-64c und stellt diesen vor: Die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission hat den Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 in zwei Sitzungen vertieft beraten. Wir haben unsere Fragen in beiden Bereichen Sicherheit und Soziales sowie bei der Bildung umfassend klären können. Im Bereich Sicherheit und Soziales zeigt sich insgesamt ein differenziertes und ausgewogenes Bild. Die Stadt setzt bewusst auf Prävention, Vernetzung und gezielte Steuerung und nicht primär auf repressive Massnahmen. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass Liestal als Zentrumsgemeinde mit besonderen Herausforderungen konfrontiert ist. Die hohe Dichte an sozialen und auch medizinischen Einrichtungen führt zudem zu einer überdurchschnittlichen Belastung, insbesondere im Bereich der Sozialhilfe. Ein zentrales Thema bleibt auch die Bekämpfung der Armut. Das wird klar als gesellschaftliche Herausforderung verstanden, die nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Die Stadt arbeitet an weiterführenden Strategien wie der Armutsstrategie und sucht aktiv die Zusammenarbeit mit dem Kanton und Organisationen in diesem Bereich. Projekte wie die geplante und schon einmal angesprochene Notschlafstelle

zeigen den Willen, konkrete Verbesserungen zu schaffen, werfen aber gleichzeitig noch offene Fragen zur Finanzierung und Umsetzung auf. Auch im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum wird eine sorgfältige Balance angestrebt. Einerseits sollen Veranstaltungen und das öffentliche Leben weiterhin niederschwellig und zugänglich bleiben, andererseits führen steigende Anforderungen auch zu höheren Kosten und einem Bedarf an gezielten Sicherheitsmassnahmen. Die Stadt setzt auf eine Kombination aus Prävention, Zusammenarbeit mit der Polizei und situativ angepassten Massnahmen. Weitere wichtige Themen sind die Stärkung der Prävention im Kindes- und Erwachsenenschutz sowie die Schaffung von Verweilorten für Jugendliche. In beiden Bereichen zeigt sich ein Ansatz, der auf frühzeitige Unterstützung, klare Strukturen und Partizipation setzt. Jugendliche werden bewusst auch als Teil des öffentlichen Lebens verstanden und aktiv in Planungsprozesse miteinbezogen. Nun zum Bereich Bildung. Im Bereich Bildung zeigt sich ein insgesamt gut strukturiertes und entwickeltes System. Ein klarer Schwerpunkt der Schule Liestal liegt weiterhin auf der Förderung der Lesekompetenz, die systematisch aufgebaut ist und bereits erste positive Wirkungen zeigt. Sie wird im Moment weiterentwickelt mit dem Bibliotheksfahrplan in Zusammenarbeit mit der Kantonsbibliothek. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Stadt im Bereich Schulraum weiterhin unter Druck steht. Die Nachfrage nach Schul- und Betreuungsangeboten steigt, während bauliche Erweiterungen, man hat es vorhin im BPK-Bericht gehört, oft zeitlich verzögert umgesetzt werden können. Trotz gezielter Priorisierung und datenbasierter Planung bestehen Engpässe, insbesondere bei Gruppenräumen. Auch die anstehenden Sanierungen tun dem ordentlichen Betrieb sicherlich nicht nur gut. Im Bereich der familienergänzenden Betreuung ist ein deutlicher Ausbau erkennbar. Strukturen werden weiterentwickelt und Angebote differenziert ausgestaltet. Auch die frühe Förderung, insbesondere die Sprachförderung, wird gezielt gestärkt und befindet sich aktuell im Aufbau und in der Evaluation. Das haben wir ja bereits hier im Einwohnerrat auch schon besprochen. Ergänzend zeigen Projekte wie der Waldkindergarten oder auch die Pilotprojekte der Frühen Förderung Basel-Land, dass die Stadt bereit ist, neue Wege zu gehen und innovative Ansätze zu proben. Gleichzeitig wird bei allen Projekten immer wieder Wert auf eine sorgfältige Evaluation gelegt, bevor über eine Weiterführung einfach schnell entschieden wird. Zusammenfassend stellt die Kommission fest, dass die Stadt Liestal die anstehenden Herausforderungen differenziert erkennt und aktiv angeht. In beiden Bereichen Sicherheit und Soziales, sowie Bildung, wird deutlich, dass langfristige Entwicklungen, steigende Anforderungen und begrenzte finanzielle Mittel sorgfältig austariert werden müssen. Entscheidend für die kommenden Jahre wird es sein, die begonnenen Projekte konsequent weiterzuführen, ihre Wirkung regelmässig zu überprüfen und die notwendigen finanziellen sowie strukturellen Voraussetzungen sicherzustellen. Ebenso wichtig bleibt die enge Zusammenarbeit mit dem Kanton sowie die Balance zwischen unterschiedlichen Interessen, etwa zwischen Sicherheit und Offenheit oder zwischen Unterstützung und Eigenverantwortung. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten herzlich danken. Einen besonderen Dank gilt der zuständigen Stadträtin Pascale Meschberger und dem Stadtrat Thomas Eugster, der dort ganz frisch eingestiegen ist in diesen Bereich, sowie der Bereichsleiterin Monika Feller und dem Bereichsleiter René Frei, welcher aufgrund Übernahme weiterer Aufgaben in der Stadt eine Doppelbelastung hatte. Sie haben alles differenziert und sehr gut nachvollziehbar ausgeführt und unsere Fragen beantwortet. Ebenso danke ich für ihr engagiertes Handeln und Arbeiten im Hintergrund. Nicht zuletzt gilt aber auch der Dank noch allen Mitgliedern der Kommission, die konstruktiv Fragen gestellt und zur Diskussion beigetragen haben. Die SBK hat alle wesentlichen Punkte zu ihrer Zufriedenheit klären können und empfiehlt dem Einwohnerrat, den Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 zur Kenntnis zu nehmen.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für die Rückmeldungen aus den Kommissionen. Vielleicht sage ich nachher noch etwas, wenn ich die Fraktionsrückmeldungen gehört habe. Auf dem Bild auf der ersten Seite des EPs sehe ich sehr viel, das wir haben. Wir wollen, dass das auch weiterhin so bleibt. Wenn man vom Aussichtsturm auf Liestal herabschaut, grünt und blüht es, es entwickelt sich und es geht voran. Diese Dynamik möchten wir im Stadtrat natürlich

beibehalten und möchten Liestal weiterhin als einen tollen Ort etablieren. Dazu sind verschiedene Anstrengungen nötig. Wie wir auch vorhin in den Berichten gesehen haben, ist es schwierig, alles immer unter einen Hut zu bekommen und allen Aufgaben und Ansprüchen gerecht zu werden. Es ist natürlich auch teilweise schwierig, wenn man sich die Entwicklung der finanziellen Situation ansieht. Plötzlich haben wir einen viel grösseren Finanzausgleich und plötzlich drohende steigende Aufwände im Asylbereich usw. In diesem Spannungsfeld sind wir immer wieder. Die Zahlen, die wir hinten haben, schreiben wir immer wieder neu. Es kann sich dann gefragt werden, ob es sich überhaupt rentiert, wenn immer wieder neu geplant wird. Vieles ist auch exogen gesteuert. Die Frage kann man sich natürlich stellen. Für uns wichtiger als die genauen Zahlen ist, was wir eigentlich erreichen wollen und wo wir unsere Ressourcen einsetzen. Diese Tendenzen sollte man in den Zahlen sehen und entsprechend auch, wo wir uns mit Blick nach vorne verbessern können. Der Stadtrat setzt ganz klar auf das Bevölkerungswachstum. Es ist übrigens auch leicht zurückgegangen, was man im Amtsbericht sieht. Aktuell bestehen keine grossen Quartierplanungen, welche sofort umgesetzt werden könnten. Diejenigen, welche beschlossen wurden, sind noch in der Pipeline. Dies kann noch einen Moment dauern, aber wir hoffen, dass sie bald realisiert werden. Wenn wir den Blick weit in die Zukunft richten, besteht für Liestal ein grosses Potential mit der Areal-Masterplanung Rheinstrasse. Dort haben wir auch Potenzial, schöne, durchgrünte und nicht viel versiegelte Räume für Liestal zu schaffen, aber auch Wohn- und Geschäftsräume zu schaffen und Liestal damit nochmals einen entscheidenden Schritt voranzubringen, damit wir weiterhin die schönste Gemeinde im Baselbiet bleiben können. In dem Sinne besten Dank für die positiven Rückmeldungen aus den Kommissionsberichten. Allenfalls sage ich nachher noch einmal etwas.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Michael Durrer (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass er sich nicht mit dem Stadtpräsidenten Daniel Spinnler abgesprochen hat. Aber ich wollte einleitend sagen, dass in so einer extrem schnelllebigen Zeit und bei der aktuell instabilen geopolitischen Lage, welche geprägt ist von grossen Unsicherheiten, das Erstellen eines Entwicklungs- und Finanzplans, der die Entwicklungen der Gemeindeaufgaben und der Finanzen bis ins Jahr 2030 aufzeigen soll, eigentlich ein bisschen einer Quadratur des Kreises gleichkommt. Wir haben es gehört: Viele Faktoren, die direkten Einfluss auf unsere Planung und die Finanzen haben, lassen sich nur sehr schwer voraussagen und können teilweise von uns auch kaum oder gar nicht beeinflusst werden. Dies wird wohl klar, wenn man sieht, dass es nur schon für ein Jahr bei einem Budget und einer Rechnung regelmässig Abweichungen gibt, egal wie vorsichtig man plant. Wieso sage ich das? Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass wir uns dessen auch bewusst sind und das Dokument entsprechend anschauen und einordnen. Wenn jetzt in einer rollenden Planung im nächsten Jahr etwas angepasst ist, hat das nichts damit zu tun, dass man nicht sorgfältig gearbeitet hat, sondern dass man einfach sehr viele Unsicherheiten in diesem Instrument hat. Nichtsdestotrotz finden auch wir, dass der EP ein sehr wertvolles und wichtiges Planungsinstrument ist, in welches der Stadtrat und die Verwaltung auch dieses Jahr wieder viel Zeit und Arbeit investiert haben, um uns einen umfassenden und strukturierten Ausblick zu geben und auch unsere Fragen wieder gut zu beantworten. Deshalb an dieser Stelle bereits schon einmal ein grosses Danke an alle, die beteiligt waren. Die Grüne Fraktion ist grundsätzlich einverstanden mit der allgemeinen Stossrichtung, die der Stadtrat im EP aufzeigt, insbesondere auch mit diesen durchschnittlich CHF 6 Mio., die jährlich investiert werden sollen. Mit Blick auf die dringend notwendigen Investitionen, Stichwort Schulraum, auf der einen Seite und die gleichzeitig nach wie vor angespannte finanzielle Situation ist das aus unserer Sicht eine angemessene Zahl. Im Vergleich zum letzten EP zeigt sich im aktuellen EP eine verbesserte finanzielle Situation. Die Zahlen sind aus unserer Sicht weder rosig, noch sind sie Grund für Panik. Sie zeigen einfach, dass wir auch in den nächsten Jahren vorsichtig und zurückhaltend mit dem Geld umgehen müssen und dass man den eingeschlagenen Weg mit der Aufgabenüberprüfung auch konsequent weiterverfolgen soll. Ich sage jetzt noch kurz etwas zum Thema, wie der EP behandelt werden soll, weil das vorher in einem Bericht noch erwähnt

worden ist. Wir haben das diskutiert in der FIKO. Eine Idee von mir war, dass man eine Präsentation machen könnte, wenn das Dokument vorliegt, zu welcher der Gesamteinwohnerrat eingeladen wird. Bei anderen Themen haben wir es auch schon gehabt, dass wirklich alle eingeladen sind und dort das Dokument respektive der Bericht vorgestellt wird vom Stadtrat und der Verwaltung. Ein anderer Punkt, den wir wichtig und gut finden würden, wäre, wenn es einen Katalog für alle Fragen gäbe. Also dass man einen Katalog hat, in dem man aus verschiedenen Bereichen Fragen hineinschreibt. Der FIKO-Fragekatalog ist tiptop. Wenn wir das so machen könnten, gehen wir davon aus, dass man den EP vielleicht nicht mehr in drei Kommissionen behandeln müsste. Ich will jetzt nichts dazu sagen, in welcher Kommission das dann beraten werden könnte. Aber einfach das noch als Denkanstoss, was Überlegungen gewesen sind, die wir auch in der Fraktion dann noch einmal diskutiert haben. Ich bedanke mich noch einmal im Namen der Grünen Fraktion. Wir werden den EP zur Kenntnis nehmen.

Simon Fluri (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass die FDP/Mitte-Fraktion den Entwicklungsplan 2026-2030 in der Grundtendenz positiv, aber durchaus differenziert beurteilt. Vielen Dank vorab an alle, die bei der Erarbeitung des Entwicklungsplans mitgewirkt haben. Ein spezieller Dank geht dabei an den Stadtrat und an die Verantwortlichen der Verwaltung, die sich viel Zeit genommen haben für die Beantwortung der Fragen der FIKO. In diesem Zusammenhang ebenfalls ein Dankeschön an die ganze FIKO und an alle Mitglieder, im speziellen auch an den Präsidenten der FIKO, für die gute Zusammenarbeit. Die Mehrheit der Finanzzahlen aus dem Entwicklungsplan 2026 weisen gegenüber dem Entwicklungsplan 2025 eine positive Tendenz auf. Das ist sicher erfreulich. Dieser Tendenz aber muss zwingend auch in den kommenden Jahren Sorge getragen werden. Wir alle stehen in der Verantwortung, auch in Zukunft mit grösster Sorgfalt und haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen. Denn trotz der verbesserten Tendenz werden auch im Entwicklungsplan 2026 die finanzpolitischen Ziele grossmehrheitlich nicht erfüllt. Zudem basiert der Entwicklungsplan auf konjunkturellen Prognosen, die aufgrund der aktuellen Welt- und Wirtschaftslage, namentlich den geopolitischen Unsicherheiten, den Rohwaren-Einstandspreisen und den Lieferkettenrisiken, wohl einen schweren Stand haben werden. Es wird spannend, klar messbare Massnahmen zu den finanzpolitischen Zielen im nächsten Entwicklungsplan zu lesen, wie diese Ziele in den kommenden Jahren erreicht werden sollen. Vorstellbar wäre hier, dass an den ausgewiesenen Schwächen geschafft wird. Die könnten zum Beispiel sein, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskraft von Liestal, die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für wirtschaftsstarke und innovative Unternehmen, das Ergreifen von Massnahmen gegen die hohe Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren sowohl für juristische als auch für natürliche Personen, aber auch das Nutzen der Chancen, welche die Digitalisierung bietet. Lobenswert ist, dass im Entwicklungsplan keine Erträge aus dem kantonalen Ressourcenausgleich oder auch aus der Aufgabenüberprüfung eingestellt worden sind, die noch nicht sicher sind. Diese Praxis ist beizubehalten. Es ist wichtig, dass Liestal die Steuerkraft stärken kann und dass man auch in Zukunft nicht von den Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich abhängig ist oder wird. Die Aufgabenüberprüfung II ist zwingend umzusetzen, eine weitere Steigerung der laufenden Kosten muss vermieden werden. Die Priorisierung der Investitionen, die durch den Stadtrat gemacht worden ist, ist wichtig und richtig. Es ist aber darauf zu achten, dass bei diesen Investitionsvorhaben, welche in die Zukunft geschoben werden, zum Beispiel eben die Sanierung des Rotackerschulhauses inklusive der Erdbebenertüchtigung, wie wir dies bereits gehört haben, oder die Umgestaltung des Fischmarktes, gut analysiert wird, ob es sich beim Aufschieben um einen verdeckten Schuldenaufbau handelt oder ob die zwar wünschenswerte Investition aufgrund der aktuellen Finanzlage der Stadt Liestal nicht unbedingt notwendig wäre. Zudem muss Liestal besser auf sein vorhandenes Steuersubstrat schauen und neue gute Steuerzahler und Steuerzahlerinnen anziehen. Bei den Steuerzahlerinnen sind explizit auch die juristischen Personen gemeint. Generell gilt, dass das eigenverantwortliche Handeln in allen Dimensionen ins Zentrum zu stellen ist, damit Liestal ein attraktiver Ort bleibt. Die FDP/Mitte-Fraktion nimmt den EP 2026-2030 einstimmig zur Kenntnis.

Simon Wiesner (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass die SVP-Fraktion den EP nach wie vor ein gutes Planungsinstrument findet. Der EP ist übersichtlich gestaltet. Vor allem ist dieses Jahr die Auflistung der Investitionen sehr übersichtlich. Auch können wir die zum Ende des FIKO-Berichts aufgeworfene offene Frage unterstützen. Man muss sich fragen, wie wir den EP in Zukunft noch besser als Planungsinstrument nutzen können. Im Grossen und Ganzen kann die SVP-Fraktion den EP unterstützen. Besonders sind wir gespannt auf die Aufgabenüberprüfung II, was dort an Hebeln zur Optimierung gefunden werden konnten. Wir hoffen auch, dass in Zukunft die kontinuierliche Verbesserung ein zentraler Bestandteil der Arbeitskultur der Stadt sein wird. Auch sind wir gespannt auf das Resultat des Postulats betreffend die gebundenen und freien Ausgaben, mit dem wir uns erhoffen, dass wir aktiv Einfluss nehmen können auf die Planung der Stadt. Als letzten Punkt möchten wir noch verdeutlichen, dass die Fremdverschuldung im Auge behalten werden muss und sicher nicht weiter ansteigen soll. Die SVP-Fraktion bedankt sich für die tolle Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, allen Bereichsleitern und den Kommissionen und wird den EP einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Jonas Bischofberger (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass sich die SP-Fraktion dem Dank anschliesst. Wir sind sehr froh um das Dokument, in das der Stadtrat und die Verwaltung viel Arbeit investiert und welches eine wertvolle Entscheidungsgrundlage liefert. Wir können uns auch dem Gedanken anschliessen, dass es hier natürlich sehr viele Unsicherheiten und viel Unbekanntes drin hat. Aber ich glaube, gerade wenn man das auch beim Lesen des EPs mitbedacht, darf man diesen stellenweise auch noch ausbauen. Beispielsweise längere Planungsperioden, gerade bei grösseren Investitionen, dürfen mitgedacht und explizit beschrieben werden, damit man dann nicht plötzlich von anstehenden grösseren Investitionen überrascht wird oder Sachen gegen hinten einfach aus dem EP herausgeschoben werden. Wir sind auch froh, dass, wie ja auch im Bericht der FIKO gestanden ist, die ganze Kommission sieht, dass es mit der finanziellen Situation der Stadt in die richtige Richtung geht. Das ist für uns sehr erfreulich. Wir möchten zwei Themen gerne ein bisschen kritisch hervorheben. Das erste geht gerade um die Entspannung der finanziellen Situation. Im EP ist es ja nicht der Plan, im Schnitt CHF 6 Mio. pro Jahr zu investieren, sondern CHF 5 Mio. zu investieren und CHF 1 Mio. pro Jahr Schulden abzubauen. Das halten wir durchaus für einen schwierigen Entscheid, der auch eine gewisse Gefahr birgt, weil man dann nämlich einfach finanzielle Schulden in Investitionsschulden umwandelt. Denn auch eine marode Infrastruktur, so weit sind wir jetzt vielleicht noch nicht gerade, aber anstehende Investitionen, die man weitergibt an die nächste Generation, sind eine Last und könnten in Zukunft zu vielleicht sogar noch grösseren Schulden führen. Das zweite Thema ist die Digitalisierung. Wir haben manchmal etwas Probleme mit Superlativen wie die „schönste Stadt“ usw., wobei wir uns da vielleicht noch anschliessen können. Aber das Ziel, die fortschrittlichste Gemeinde in der Digitalisierung zu werden, da stolpern wir etwas darüber. Wir sehen ein, dass wir die Digitalisierung nicht aufhalten oder umgehen können und wir sehen auch die vielen Chancen, die sie bietet und mit ihr kommen werden. Aber ich glaube es ist wichtig, dass wir auch ein Auge auf die Gefahren behalten, welche die Digitalisierung bringen kann. Wir müssen schauen, dass wir alle Leute mitnehmen können mit dieser Digitalisierung. Es besteht die Gefahr, dass Leute zurückbleiben, die digital nicht gleich befähigt sind, und es besteht die Gefahr der Abhängigkeit von digitalen und internationalen Grosskonzernen. Wir sind deshalb der Meinung, dass es dort Fortschritte braucht bei der Digitalisierung, aber es geht nicht unbedingt darum, die beste Gemeinde von allen zu sein bei der Digitalisierung. Wir müssen, glaube ich, dort nicht zu fest in diesem Wettbewerb-Denken bleiben. Wir glauben, man kann die Digitalisierung nutzen für den Ausbau des Service Public und der Leistungen der Gemeinde, aber es darf nicht ein Mittel sein, um an einer anderen Stelle abzubauen. Es ist etwas, das man zusätzlich anbieten kann, aber ich glaube, das ist nicht das Mittel, das man dann als Sparmassnahme brauchen kann. Aber auch wir werden den Bericht natürlich einstimmig zur Kenntnis nehmen und wir möchten uns noch einmal bedanken für den ausführlichen EP.

Vreni Wunderlin (GLP) meint als GLP/EVP-Fraktionssprecherin, dass die BPK ihre Ressorts in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen fundiert diskutiert und kritisch hingeschaut hat. Der Bericht beleuchtet wirklich alles, was wir diskutiert haben. Die grossen finanziellen Belastungen für die Stadt ergeben sich im Hochbau. Die BPK macht darauf aufmerksam, dass das Thema Nachhaltigkeit und Recycling von Baustellenabfällen konsequenter und intensiver angegangen werden muss. Das Thema Schwammstadtsystem im Bereich Tiefbau wird wo immer möglich thematisiert und in Teilbereichen umgesetzt. Wir sind gespannt auf die angekündigten Stratus-Erhebungen, welche die mittel- und langfristigen Investitionen aufzeigen. Die Deponie Höli+ wird sicher zur besseren finanziellen Lage beisteuern, darauf freuen wir uns. Der Entwicklungs- und Finanzplan ist ein wichtiges Instrument für unser politisches Wirken. Ich möchte abschliessend im Namen unserer Fraktion die Kommissionsberichte würdigen. Sie sind alle mit viel Sorgfalt, sehr fundiert und gut nachvollziehbar erstellt worden. Das ist eine grosse Arbeit. Merci vielmals an die Autoren. Wir werden den EP zur Kenntnis nehmen und stimmen diesem zu.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Daniel Schwörer (FDP/Mitte) wird nicht auf den EP im Grossen und Ganzen zu sprechen kommen, sondern auf ein Detail, welches es aber nach seinem Dafürhalten in sich hat. Ich beziehe mich auf den Bericht der Bau- und Planungskommission. Auf der Seite 6 von 7 schreibt dort die BPK unter der Ziffer 3.2.4 über das Verhältnis der Brückenbauwerke entlang der A22. Hier steht, dass die Stadt im Jahr 2020 acht Brückenbauwerke entlang der A22 ans ASTRA abgetreten hat. Der Gegenwert sei CHF 10 bis 15 Mio. Trotz dieser Abtretung ans ASTRA sei der Unterhalt für die Bauwerke von ca. CHF 1 Mio. noch nicht geregelt. Das ist, denke ich, schon beachtenswert. Die Strasse ist schon lange im Eigentum des ASTRA, also des Bundes. Es war auch beabsichtigt, die Brückenwerke gegen CHF 10 bis 15 Mio. ans ASTRA abzutreten. Da stellen sich schon dringende Fragen. Jetzt haben wir das Jahr 2026 und anscheinend ist der Eigentumswechsel immer noch nicht erfolgt. Anscheinend zahlen wir immer noch CHF 1 Mio. an Unterhaltskosten und anscheinend fehlen hier CHF 10 bis 15 Mio. Hier soll die Stadt also schon einmal ein bisschen Druck machen auf das ASTRA und wenn immer möglich versuchen, dass der Eigentumswechsel stattfinden kann und die finanziellen Folgen, also den geldwerten Preis für die Übernahme und den Unterhalt, zu regeln. Also ich bitte hier den Stadtrat darum, ein grosses Augenmerk und eine grosse Tatkraft darauf zu verwenden, damit man dieses Problem lösen kann.

Grieder Thomas (SP) möchte als BPK-Mitglied noch einmal ganz dezidiert auf den einen Punkt hinweisen, welchen Jonas Bischofberger (SP) bereits angesprochen hat. Es geht um den vielleicht drohenden Investitionsstau bei den Hochbauprojekten. Wenn man im EP die Grafiken anschaut, die es zu diesem Thema gibt, dann sieht man, dass man in den nächsten 5 Jahren, ein paar Balken hat, was man alles für Projekte umsetzen möchte. Sonst hat es relativ viele weisse Flächen dort. Wenn man dann ab dem Jahr 2030 schaut, sieht man, ist es relativ voll in dem ausgegrauten Bereich. Das zeigt mir einfach, dass in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich das drin ist, was man mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen wirklich auch ausführen kann, aber dass weiterhinter dann doch noch einiges ansteht. Es ist aber auch davon auszugehen, dass wir in den folgenden fünf Jahren die personellen und finanziellen Ressourcen auch nicht haben, um diese Projekte, welche heute dargestellt sind, entsprechend umzusetzen. Wir denken, dass es sicher erforderlich wäre, wenn man die ganze Planung noch auf einen längeren Zeitraum beleuchten und ausdehnen würde. Dies im Wissen darum, dass bei einigen Projekten natürlich die Flughöhe und auch die verbindlichen Aussagen vielleicht noch nicht so vorhanden sind als bei den Projekten, die man in den nächsten 5 Jahren dargestellt hat. Ein zweiter Punkt ist noch die A22. Das Dauerthema kommt im EP an vielen Stellen vor. Es wird einiges gesagt, aber jetzt gerade mit dem Bericht des ETH-Professors, mit welchem das ja ein bisschen droht, hinten rauszufallen, müsste man sich schon Gedanken machen, wie man jetzt hier der ganzen Sache mit der A22 unter den Boden

ein bisschen mehr Schwung verleihen könnte und was wir hier noch zusätzlich unternehmen könnten, damit das in Bern auch wirklich präsent bleibt.

Bernhard Bonjour (SP) möchte noch ein bisschen auf den Bericht der SBK eingehen und dort auch ein paar Sachen hervorheben. Wir sagen mit einem gewissen Stolz, dass dies zwei sehr gut funktionierende Bereiche sind, die gut laufen und wo wir die Schwerpunktsetzung sehr unterstützen können mit der Armutsstrategie, der Notschlafstelle, dem Finden von Plätzen für Jugendliche und soziale Aussenseiter. Wir finden es auch gut, dass man dort auf einen Dialog setzt und mit den Betroffenen direkt redet. Das wollen wir wirklich unterstreichen und hervorheben. Ich habe eine persönliche Meinung zu einem Detailproblem, aber es ist mir wichtig dies zu erwähnen. Mir wäre es wichtig, Sprayereien nicht als Vandalismus zu bezeichnen. Vandalismus heisst mutwillige und sinnlose Zerstörung. Sprayereien können einen ärgern oder nicht, man kann es allfällig als Sachbeschädigung bezeichnen, aber Vandalismus ist das nicht. Man kann es nicht vergleichen mit dem Ende der Antike, wo die Vandalen herumgeplündert haben. Ich würde es auch nicht als das behandeln. Im Schulbereich ist uns ganz wichtig, dass die Leseförderung ein Schwerpunkt ist. Das finde ich sehr wichtig. Mit grosser Befriedigung nehme ich zur Kenntnis, dass Leseförderung „in einem Buch lesen“ heisst und nicht nur an der Maschine. Das finde ich einen wichtigen Schwerpunkt. Auch die familienergänzenden Betreuungsangebote und überhaupt die Tatsache, dass die Bedürfnisse der Familien ernst genommen werden sowie das Familienlotsinnen-Projekt finde ich gut. Wir haben zwei kritische Fragen, die man stellen kann. Müssen wir eventuell aufpassen, dass unsere Schulen nicht jedes Pilotprojekt als erste Gemeinde mitmachen und nicht alles, was umgesetzt werden kann, als erste machen? Es soll kein Konkurrenzgebahren geben und es könnte uns eventuell auch etwas überfordern und zu sehr aufgebauchten Evaluationen führen. Das Zweite ist, dass es im Schulbereich Interessenskonflikte und nicht nur Harmonie und Zusammenarbeit gibt, es sind sich nicht immer alle einig. Die Interessenskonflikte etwas deutlicher zu machen, wäre mir wichtig. Ich glaube, wir müssen uns noch stärker wirklich auseinandersetzen über die Schule und auch schauen, dass die verschiedenen Interessen und die verschiedenen Ideen zum Ausdruck kommen. Dort habe ich auch eine persönliche Bemerkung. Ich bin nicht überzeugt davon, ob die Personalunion zwischen Rektorin und Bereichsleiterin wirklich sehr günstig ist. Ich glaube schon, dass das seine Vorteile hat, aber ich sehe auch den Nachteil. Ich möchte eigentlich gerne jemanden, der die Interessen und die Wünsche der Schule ganz ungeschminkt vertreten kann. Auf der anderen Seite soll jemand von der Stadt sagen, was möglich ist und was nicht und was umgesetzt werden kann und was nicht. Es soll eine echte Auseinandersetzung stattfinden. Wenn man das in der Personalunion macht, hat man die Auseinandersetzung nicht, dann ist alles immer so ein bisschen ausgeglättet und kommt als Sachzwang daher, statt dass Konflikte deutlich werden. Und Konflikte finde ich in der Politik halt wichtig. Zwei Sachen möchte ich noch hervorheben. In beiden Bereichen wird gesagt, dass es durchaus sinnvoll ist, in Stellen und in die Qualität der Stellenbesetzungen zu investieren, weil das mittelfristig schon und längerfristig zu Einsparungen führen kann. Das finde ich einen wichtigen Aspekt, den man nie vergessen sollte. Das Letzte ist, dass die Kommission, welche den Bericht geschrieben hat, ja Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission heisst. Den Bereich der Kultur haben wir nicht behandelt und das müssen wir in den nächsten Jahren wirklich nachholen und dort wirklich noch darüber reden. Auch im EP kommt die Kultur sehr kurz vor, eigentlich weitgehend als Veranstaltungskalender. Ich weiss, dass mehr gemacht wird in der Kultur. Das wird auch klar, wenn zum Beispiel das Ziel gesetzt wird, die 4 grösseren Kulturinstitutionen zu erhalten. Da sehen wir aber, dass dieses Ziel beim Theater Palazzo nicht gelungen ist. Es ist mir klar, dass das komplex und schwierig ist, aber es müsste auch ein Thema sein. Ich glaube, dass da gute Arbeit geleistet wird, aber ich möchte auf diesen Aspekt noch hinweisen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte zu ein paar Sachen, die hier gesagt worden sind, noch eine Rückmeldung geben. Michael Durrer (GL), du hast es gesagt, dass die Mechanik dahinter entscheidend ist. Wir müssen verstehen, wie die Zusammenhänge sind, um zu schauen, wo wir beeinflussen können, damit wir eben dort die Hebel richtig ansetzen und auch für die Zukunft Sorge tragen können. Wie gesagt unterstützen uns die Zahlen, sie sind aber nicht die Wahrheit in dieser rollenden Planung, das wissen wir auch. Von Simon Fluri (FDP) wurde

gesagt, dass wir die finanzpolitischen Ziele nicht erreicht haben. So absolut kann man das nicht sagen. Gemäss den Zahlen haben wir das Ziel bei der Selbstfinanzierung beispielsweise erreicht. Wir haben einen Überschuss und das ist eigentlich das Wichtigste. Nach dem Finanzgesetz müssen wir nachweisen, dass wir nach 5 Jahren noch immer Eigenkapital haben. Ansonsten kommt dann Toni Lauber und seine Leute. Das ist einmal ein wichtiger Punkt. Nichtsdestotrotz ist es natürlich auch wichtig bei den Investitionen, das ist auch gesagt worden, dass wir die auch nachhaltig betreiben und umsetzen können. Die Diskussion mit Schulden in Gebäuden und Schulden auf der Bank, die sind sehr alt und die gab es schon, als er im Jahr 2006 im Einwohnerrat war. Wenn man in die langfristige Planung geht und sich die ausgegrauten Bereiche anschaut, und ja, die haben wir, dann können wir diese irgendwie vor uns hinschieben. Dort ist aber eben die Schwierigkeit, und das haben wir auch schon mehrfach hier und in der Bau- und Planungskommission erklärt, dass wir zwei Aspekte haben, die wir beachten müssen. Das eine ist die Investitionsrechnung. Dort definieren wir, dass alles über CHF 100 000 eine Investition ist. Das müssen wir anders beantragen und wird dann auch aktiviert und abgeschrieben. Alles darunter ist Unterhalt. Diese zwei Grösse spielen auch massiv miteinander zusammen. Das Zweite ist das mathematische Modell Stratus, welches ein sehr mächtiges Instrument ist. Wie wir gesagt haben, sind wir es auch am updaten. Damit sehen wir, was auf lange Frist zu machen ist. Aber Achtung, es ist ein mathematisches Modell. Die Schwierigkeit ist dann eben die, dass wenn konkrete Massnahmen in einem gewissen Investitionsraum zu ergreifen sind und uns das System beispielsweise anzeigt, dass ein Gebäudeteil gemacht werden muss, wartet man vielleicht lieber noch 2 Jahre damit, weil dann ein weiterer Teil ebenfalls fällig ist. Wenn dann die Wand sowieso herausgerissen wird und ich die Fenster mache, dann ist es möglicherweise sinnvoll, die Heizung auch gerade noch zu machen und so weiter. Hier wissen aber die Bauexperten viel besser als ich, wie das alles funktioniert. Und dann ist die Idee, dass wir weiterhin Päckchen schnüren wollen. Einfach noch etwas zu den Zahlen. Ich mag mich erinnern, dass damals gestanden ist, dass die Gesamtsanierung der Turnhalle Frenkenbündten CHF 14 Mio. kosten wird. Wir haben dann eine sogenannte Gebrauchstauglichkeitserhaltung gemacht und jetzt haben wir eine Super-Turnhalle dort. Auch bei der Erdbebenertüchtigung hat es zuerst geheissen, dass es sehr viel Geld kosten wird. Unsere Leute sind dann mit einer sehr guten Lösung gekommen, dass man Stahlträger installiert, und jetzt ist das erdbebenertüchtigt. Die Schwierigkeit ist, dieses mathematische Modell dann in ein konkretes Bauprojekt umzusetzen. Deswegen wird dies teilweise auch verschoben. Aber dem sind wir uns bewusst, dass wir darauf schauen müssen. Ich kann auch ein Beispiel machen. Wenn wir natürlich sehen, auch wenn es im EP nicht drin ist, dass eine Wischmaschine von uns so kaputt ist, dass wir so viel Kosten für den Unterhalt hätten, dass man nach 2 - 3 Jahren schon wieder eine neue Wischmaschine kaufen könnte, dann ziehen wir das natürlich vor, wenn wir insgesamt Geld sparen können. Wir sagen dann nicht, es ist erst später drin gestanden. Ob es jetzt eine Investition ist oder in der Erfolgsrechnung, ist irrelevant. Wesentlicher ist, dass das Geld nicht unnötig ausgegeben wird. Weiter ist die Superlative der fortschrittlichsten Gemeinde angesprochen worden. Dann müssen wir dies bei der Bildung auch ändern, dort haben wir auch gesagt, wir wollen die beste Schule werden. Das ist für uns eine Ambition. Wir waren eine lange Zeit mit unseren Instrumenten, die wir in der Verwaltung haben, hinter dem Mond gewesen, in der Steinzeit. Jetzt haben wir das alles in den Kernapplikationen umsetzen können. Das braucht für uns einfach halt ein bisschen ein ambitioniertes Ziel, um vorangehen zu können. Da tun sich Chancen auf. Aber uns ist auch bewusst, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, der gesagt worden ist, die Abhängigkeit und die Datensicherheit ist ganz entscheidend. Wir haben deshalb nicht Microsoft Office 365 eingeführt wie Basel-Stadt oder die Bundesverwaltung, sondern wir haben weiterhin eine Lösung vor Ort, wo man eben die Daten sicher lagern kann. Das ist uns bewusst. Ebenfalls sehen wir auch die Entwicklung, die unter anderem aus Deutschland kommt und mit ganz anderen Open-Source-Instrumenten Microsoft Office 365 ablösen kann. Das beobachten wir ebenfalls. Das meinen wir eben auch mit fortschrittlich, nicht einfach nur immer das Neuste und das Beste. Ich mag mich erinnern, dass du, Bernhard Bonjour (SP), einmal gesagt hast, dass die Hauptsache ist, dass es funktioniert. Das ist für uns auch so, da sind wir auch dran. Es funktioniert noch nicht immer alles so, wie wir es gerne hätten. Aber für uns ist eigentlich das Ziel, dass wir die Chancen nutzen wollen, ohne dass wir die Leute, die nicht mitkommen, behindern. Aber man darf hier auch nicht

vergessen, dass man dies nicht einfach auf eine Gruppe abwälzen darf. Es heisst immer, dass die älteren Menschen nicht mitkommen und Mühe haben mit dem Handy. Aber wenn ich sehe, wie viele Leute hier, auch meine Eltern, ein Handy haben und dass sie teilweise besser wissen, wie es funktioniert, als ich, weil sie auch mehr Zeit haben, um sich damit auseinanderzusetzen, kann man dies nicht so pauschalisieren. Dann möchte ich noch einen Fokus legen auf eine Thematik, die nicht gross angesprochen wurde. Bei der Spezialfinanzierung müssen wir auch schauen. Beispielsweise beim Abfall hoffen wir, dass wir jetzt mit der Gebührenerhöhung wieder in die richtige Richtung kommen, um das Eigenkapital wieder auf die andere Seite zu bringen. Im Bereich Wasser sind wir finanziell relativ gut unterwegs und es wird ein grosses Reservoir auf der Burg fertig erstellt. Beim Abwasser aber haben wir eine Thematik mit dem Fremdwasser, wo der Kanton uns einfach eine Rechnung stellen kann, wenn er höhere Kosten hat und uns eben auch das Fremdwasser verrechnet. Hier waren wir nicht ganz einverstanden damit. Da sehen wir eigentlich auf die mittlere Frist, dass dort das Vermögen schwindet und das Eigenkapital zurückgeht. Da werden wir uns auch Gedanken machen müssen, wie wir mit dem Abwasser und den Gebühren umgehen. Dies auch, zumal weitere ARAs, beispielsweise in Frenkendorf, gebaut werden, welche teuer sind. Das wir dann ebenfalls bei uns einen Impact haben. Dann wurde noch etwas wegen der Brückenbauwerke gesagt, dass diese schon lange übergegangen sind. Ja, das ist so. Was man hier aber noch wissen muss, ist, dass lange nicht klar gewesen ist, dass die Brücken eigentlich dem ASTRA gehören. Es gab dann einen Bundesgerichtsentscheid, der erst Jahre später gekommen ist, der dies so entschieden hat. Deswegen sind wir erst jetzt am Verhandeln und es ist also nicht so, dass wir einfach 6 Jahren lang nichts gemacht haben. Es ist erst ca. 2 Jahre her, seit das Bundesgericht entschieden hat, dass die Strassen eben dem ASTRA gehören. Sie gehören ihm aber nicht ganz, da wir auch Quartierverbindungen obendurch haben. Es muss jetzt also geschaut werden, wie der Verteiler ist, also wieviel vom Belag die Stadt bezahlen muss, weil sie die Strasse ja auch als Quartierverbindungen nutzt und nicht nur wegen der Autobahn, die unten durchgeht. Und wenn die Autobahn nicht dort wäre, müsste man dennoch eine Brücke haben wegen dem Bach, der dort wäre. Das sind die Diskussionen der Verhandlungen und da sind wir jetzt stark dran, damit wir das vorantreiben können. Aber bei Verhandlungen braucht es immer zwei Parteien. Das werden wir aber sicher im Auge behalten und da sind wir schon mit Hochdruck daran. Dann noch etwas zum Organisatorischen, zur Bereichsleitung Bildung/Sport, die gesplittet ist. Der Stadtrat findet dies ein sehr gutes Modell. Es geht nicht darum, dass wir hier Interessenskonflikte oder Interessen nicht haben. Sondern es sind zwei verschiedene Aufgaben. Gerade auch mit dem Schulrat, wo wir eine Nebenexekutive haben, ist es eben gut, dass wir jemanden dort haben, der den Frühbereich bei den Kindern zusammenhält. Den Link vom Schulrat zum Stadtrat haben wir jetzt auch mit Thomas Eugster, der Einsitz im Schulrat hat. Dort wird sicher einiges diskutiert, auch im Schulrat, wo sich die Bereichsleitung nicht verstellen muss, damit es keinen Konflikt gibt, und zwar Konflikte im positiven Sinn, dass man eben Sachen diskutiert. Das sehen wir gar nicht und wir finden es eben viel besser. Viele Gemeinden finden es ebenfalls ein gutes Modell und sagen uns, dass sie das eigentlich auch gerne so hätten, weil dann eben nicht einfach ein Planet Schule existiert, der irgendwie um die Stadtverwaltung herumkreist, sondern dass wir näher am Ball sind. Dann ist die Kultur genannt worden. Das habe ich bereits vor zwei Jahren gesagt, dass ich gerne in die SBK komme, um über die Kultur zu sprechen, auch über die verschiedenen Herausforderungen, die sich hier ergeben und die man eigentlich auch in der Zeitung nachlesen kann. Hier habe ich aber leider keine Einladung dazu erhalten. Zum Schluss möchten wir als Stadtrat noch Folgendes mitgeben: Wir haben 3 Berichte, zum Teil mit unterschiedlichen Aussagen drin und finden eigentlich, dass man die Behandlung, und das sagen wir schon lange, auch ressourcenschonender machen könnte, wenn nicht alle Stadträte mit ihren Mitarbeitenden in verschiedenste Kommissionen gehen müssten. Es ist schon viel effizienter als früher. Aber nichtsdestotrotz begrüßen wir es, wenn man auch die Diskussion vom Behandeln des Entwicklungs- und Finanzplans vorantreiben kann. Wie wir es auch immer wieder sagen, hören wir uns an, was ihr sagt, und wenn ihr eine Stossrichtung vorgibt, sollte sich dies wieder im Budget finden. Auch im nächsten EP werden wir versuchen, es umzusetzen, wenn es eine einheitliche Sicht ist, die auch der Stadtrat unterstützt. Deshalb sind wir auch sehr offen, wenn man diesen Prozess der Behandlung verschlanken und verschnellern kann. Es ist jetzt schon Ende April. Wir haben euch das

Dokument Ende Oktober überreicht und die Zahlen sind schon wieder weiterentwickelt. Vielleicht findet sich dann eine Super-Lösung, aber das überlassen wir sehr gerne euch.

h) Anträge

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Er lässt nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen, welcher von der FIKO, BPK und SBK ebenfalls unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

3. Feuerwehrpflichtersatzabgabe-Reglement (ESL 762.2); Teilrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente GOR (2025-75)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemäss GOR-Änderungsantrag wird lediglich die redaktionelle Anpassung des zweiten Satzes in § 2 Abs. 1^{bis} «*Als Basis dient die Staatssteuerveranlagung*» in Abweichung zum stadträtlichen Vorschlag vorgeschlagen, wobei der Stadtrat dieser Neuformulierung zustimmen kann.

Das Geschäft wird anhand der stadträtlichen Synopse beraten.

Yves Jenni (GLP) stellt den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2025-75a vor: Ich verzichte darauf, den Bericht im Detail zu wiederholen. Stattdessen möchte ich kurz einordnen, worum es aus der Sicht der GOR im Kern geht und was in der Beratung entscheidend gewesen ist. Ausgangspunkt ist weniger eine inhaltliche Neuausrichtung der Feuerwehrersatzabgabe, sondern ein praktisches Problem in der Umsetzung. Die bisher beschlossene Lösung ist zwar rechtlich korrekt, lässt sich aber mit dem kantonalen IT-System nicht vereinbaren. Die vorgeschlagene Anpassung ist darum in erster Linie eine technisch-administrative Lösung, die sicherstellt, dass die Abgaben über die Steuern und dabei über den Kanton eingenommen werden können. Für die GOR ist zentral gewesen, dass die Umstellung im Durchschnitt keine Mehrbelastung für die Betroffenen mit sich bringt und das System weiterhin nachvollziehbar bleibt. In der Diskussion haben wir uns insbesondere mit der Verteilwirkung beschäftigt, also mit den Fragen wie der Progression, Auswirkungen auf verschiedene Haushaltsformen oder auf die langfristige Entwicklung des Systems. Diese Punkte haben wir mit den Fachleuten der Verwaltung intensiv beleuchtet, auch wenn sie mit dieser Vorlage nur begrenzt beeinflussbar sind. Auch die grundsätzliche Frage der Finanzierung ist in der GOR diskutiert worden. Die Ersatzabgabe deckt die Kosten der Feuerwehr nicht vollständig, ein Teil bleibt weiterhin Aufgabe der allgemeinen Finanzierung. Ein Antrag zur Senkung des Steuersatzes ist in der GOR auch Thema gewesen, hat aber keine Mehrheit gefunden. Entscheidend bei dem ist insbesondere die Frage der finanziellen Auswirkung auf den Gesamthaushalt der Stadt Liestal gewesen. Am Ende ist die Kommission zum Schluss gekommen, dass die Vorlage eine pragmatische, notwendige und insgesamt ausgewogene Lösung darstellt. Die GOR empfiehlt darum einstimmig die Annahme dieser Teilrevision unter Berücksichtigung der redaktionellen Anpassung. An dieser Stelle würde ich mich auch sehr gerne noch bei Stadträtin Pascale Meschberger, bei Stadtpräsident Daniel Spinnler und bei den verschiedenen Experten der Verwaltung bedanken. Sie sind uns Rede und Antwort gestanden und haben alle Fragen, welche die Kommission hatte, ausführlich beantwortet.

Patrick Mägli (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass die vorgeschlagene Lösung verhebt und aus Sicht der SP-Fraktion nachvollziehbar ist. Wie schon bei der ersten Runde der Beratungen zu diesem Reglement hätte es die SP-Fraktion aber vorgezogen, wenn der Anteil der Abgabe, somit der Prozentsatz, kleiner und der Anteil der Finanzierung der Feuerwehr durch die allgemeine Kasse grösser ausgefallen wäre. Aus unserer Sicht ist es nicht richtig, dass die Jungen für eine Dienstleistung zahlen müssen, die allen zukommt, nicht zuletzt den Eigentümern der Immobilien. Wie dem Bericht entnommen werden konnte und wie es Yves Jenni (GLP) vorgetragen hat, war unser Antrag chancenlos. Deswegen verzichten wir darauf, diesen jetzt hier noch einmal zu stellen. Langfristig bleibt es aber unser Ziel, den Anteil der Finanzierung der Feuerwehr durch die allgemeine Kasse zu erhöhen. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen der GOR zu.

Marius Ziegler (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass die Sitzung sehr spannend war, auch wenn es in Anführungs- und Schlusszeichen keine grosse Sache war. Wir in der GOR sind sehr gut beraten worden vom Stadtrat und auch von den Verantwortlichen der Verwaltung. Unsere Fragen sind ausführlich beantwortet worden. Die SVP-Fraktion stimmt einstimmig für die Anträge der GOR.

Richard Gafner (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass auch seine Fraktion den Anträgen der GOR inklusive der notwendigen redaktionellen Änderung zustimmt. Kurz etwas zur Beratung. Wir hatten die Diskussion betreffend Kostenschlüssel. Wir sind, wie man im Protokoll gesehen hat, der Meinung gewesen, dass man es so belassen sollte, wie es im Moment ist. Wir denken, dass es sich bisher bewährt hat und fragen uns deswegen, warum man es ändern sollte. Dies nicht zuletzt, da unsere allgemeine Kasse auch nicht allzu rosig aussieht. Ich möchte an dieser Stelle auch allen danken, die uns beraten und uns Informationen geliefert haben. Auch meinen Kollegen der GOR möchte ich danken für die gute Diskussion, die wir hatten.

Andreas Sutter (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass die Grüne Fraktion den Anträgen der GOR ebenfalls zustimmen wird.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich herzlich für die wohlwollenden Worte, welche der Stadtrat gehört hat. Es war eine lange Geschichte mit dem Feuerwehrgeldersatzabgabereglement. Es sind mehrere Jahre dafür in Anspruch genommen worden. Wir haben es sehr intensiv besprochen, dies auch bereits vor einer Weile. Dann ging es nochmals zum Kanton. Es wurde anschliessend seitens der Stadt auf dem Passus beharrt und der Kanton ist schliesslich darauf eingestiegen. Es hat lediglich einige Anpassungen gebraucht. Aufgrund dessen hat das Ganze eine gewisse Zeit gedauert. Ich bin froh, wenn wir das jetzt abschliessen können und es dann Anfang nächstes Jahr in Kraft treten kann. Dem Antrag der GOR mit der redaktionellen Änderung stimmen wir vom Stadtrat selbstverständlich zu, es handelt sich dabei lediglich um einen Tippfehler.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und nun zur Abstimmung geschritten wird.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Teilrevision des Reglements für die Feuerwehrgeldersatzabgabe der Stadt Liestal (ESL 762.2) mit der beschlossenen redaktionellen Anpassung und setzt dieses per 1. Januar 2027 in Kraft.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass Yves Jenni (GLP) an der heutigen Sitzung letztmals ein Geschäft als GOR-Präsident vertreten hatte, da er zufolge Wegzug nach Allschwil seinen Rücktritt per 30. April 2026 erklärt hatte. Er dankt ihm nochmals bestens für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

4. Fragestunde

1. Frage / Lorenz Holinger (SVP) – Illegale Abfallentsorgung bei Sammelstellen

Bei der Sammelstelle am Kesselweg und auch bei anderen wird täglich illegal Abfall entsorgt. Was für ein Aufwand entsteht dadurch für die Stadt um das jeweils wegzuräumen und ordentlich zu entsorgen und was gedenkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist nicht so, dass die Stadt nichts dagegen unternimmt. Vielmehr gibt es Mitarbeitende aus dem zweiten Arbeitsmarkt, die den Auftrag haben, die Abfallkübel zu leeren und an den Sammelstellen zu schauen, dass alles in Ordnung ist. Sie haben auch die Aufgabe bei den Unterflursammelstellen und an den Waldrastplätzen zu schauen, dass alles in Ordnung ist. Ich kann dir nicht sagen, wie viel Zeit sie für den Kesselweg brauchen, um dort aufzuräumen. Das wird aber zwei Mal in der Woche gemacht. Wenn ein Sack dort steht, wird dieser mitgenommen und es wird geschaut, ob man hier jemanden büssen kann, weil man weiss, wem dieser gehört. Das lässt sich auch nicht oder nicht ganz verhindern, wenn dort Kameras aufgestellt wären, da die Sachen dann gemäss Erfahrungen aus anderen Gemeinden dort hingestellt werden, wo es keine Kameras hat. Wir versuchen es wirklich auch in Schach zu halten. Dazu muss man aber regelmässig vorbeigehen, denn wenn einmal ein Müllhaufen vorhanden ist, dann haben alle das Gefühl, dass sie auch noch etwas dazulegen können. Aber die Kameraüberwachung wird von der Mehrzahl der Einwohnerratsmitglieder abgelehnt. Ihr habt hier auch schon darüber abgestimmt, dass man nicht will, dass im öffentlichen Raum mit Kameras Leute identifiziert werden.

2. Frage / Daniel Schwörer (FDP) – Geschwindigkeits-Smileys «Sichternstrasse»

Im unteren Abschnitt der Sichternstrasse, bei Tempo 20, waren anfangs Jahr während ca. zweier Monate sog. Geschwindigkeits-Smileys in beiden Fahrrichtungen montiert. Diese zeigen die Einhaltung oder Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit nicht nur visuell auf, sondern registrieren sie auch. Ich ersuche den Stadtrat, folgende Frage zu beantworten: Wie viele Geschwindigkeits-Einhaltungen sowie -Überschreitungen wurden durch die Smileys registriert?

Stadträtin Pascale Meschberger: Wir brauchen die Smiley-Tafel tatsächlich nur als Sensibilisierungstafel. Wir machen keine Geschwindigkeitsmessung in diesem Sinne, das lassen sie gar nicht zu. Mit diesen Geräten lässt sich keine saubere Statistik erstellen. Sie würden auch nicht unterscheiden, wer durchgefahren ist. Es ist zwar nicht so, dass es darauf ankommt, denn auch die Velofahrerinnen und Velofahrer haben die Geschwindigkeit einzuhalten, aber es ist natürlich rechtlich ein bisschen ein schwieriges Thema, weil sie halt eben gar keinen Tacho haben. Man kann diese Tafeln also nicht auswerten. Wir brauchen sie vielmehr als Sensibilisierungsaktion und das funktioniert gemäss unseren Erfahrungen auch relativ gut. Sie dürfen nur nicht zu lange am gleichen Ort stehen.

Daniel Schwörer (FDP) fragt nach, ob die Tafeln grundsätzlich nicht ausgewertet werden können, oder ob lediglich die Stadt sie nicht auswertet.

Stadträtin Pascale Meschberger: Ich müsste mich dazu noch einmal genauer erkundigen, aber gemäss meinen Erfahrungen kann man sie nicht auswerten.

3. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Karton- und Papiersammlungen Kasernenstrasse, Grienmattweg usw.

Wie stellt der Stadtrat resp. die Betriebe sicher, dass bei Karton- oder Papiersammlungen alle Strassen berücksichtigt werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Für die Papier- und Kartonsammlung gibt es eine Firma, welche die Stadt Liestal und ihre Strassen kennt. Es ist nicht so, dass Strassen ausgelassen werden. Letzte Woche sind aber zum Beispiel an 11 Stellen, also bei 8'000 Liestaler-Haushalten, grössere Mengen an Styropor im Karton mitentsorgt worden oder hätten mitentsorgt werden sollen. Das Unternehmen lässt Karton stehen, wenn Styropor oder Plastik drin ist. Das ist natürlich ein Phänomen des akuten Versandhandels. Aber das nimmt man nicht mit, denn dann kann man den Karton nicht wiederverwerten. Ich weiss nicht, ob das in der Kaserenstrasse oder am Grünmattweg passiert ist. Aber das ist halt nicht Karton, der mitgenommen wird. Es wird auch ein Kleber draufgetan, auf dem steht, dass kein Styropor mitentsorgt werden darf. Alle Kartons ohne Styropor und ohne Plastik werden aber mitgenommen.

4. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Pumpwerk Gitterli, Konzession

Ablauf der Konzession des Pumpwerkes Gitterli vom 31.12.2017: Wie ist der Stand der Überprüfung der Schutzzone aktuell?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es geht um eine Neuausscheidung der Schutzzone nach dem neuen Recht, welches aber nicht durchsetzbar ist. Wie bei den meisten Grundwasserpumpwerken im Kanton gibt es keine neurechtliche Ausscheidung, und zwar, weil das gar nicht möglich ist. Das Pumpwerk wird, wie die Mehrzahl der Grundwasserpumpwerke im Kanton, auf Zusehen hin betrieben. Dies ist auch im Gitterli so. Wenn man den Aufwand betreiben würde, das neurechtlich auszuschneiden, ist die Chance, dass das überhaupt möglich ist, minimal. Es geht darum, dass wir sauberes Wasser liefern. Aus diesem Grund haben wir das Pumpwerk, wie das heute auch schon erläutert worden ist, aufgerüstet. Es wird UV-desinfiziert und es wird rund um die Uhr überwacht. Wenn also etwas an den Werten nicht stimmt, stellt es sofort selbst ab. Ausserdem haben wir beim Trinkwasser seit der PFAS-Geschichte im Frenkental noch einen zusätzlichen Schutz eingebaut. Alle paar Wochen lassen wir das Wasser zusätzlich vom Labor, also von der Lebensmittelsicherheit her, kontrollieren. Dort wird es regelmässig auf Schadstoffe untersucht. Das Wasser wird also eng überwacht, damit man das Pumpwerk auf Zusehen hin betreiben kann. Wir sind dabei längst nicht die einzigen im Kanton, sondern das betrifft die meisten Grundwasserpumpwerke. Überall, wo das Siedlungsgebiet eng ist, muss man nämlich in eine andere Gemeinde ausscheiden. Das ist nicht möglich. Es gibt einen Bestandesschutz, bei dem man natürlich Sachen, die darauf sind, nicht abreissen muss, aber man darf auch nichts Neues darauf bauen. Es ist eine ganz enge Vorschrift des Kantons, wie man die Grundwasserschutzzone neu ausscheiden müsste. Nur eine Gemeinde im unteren Baselbiet konnte dies einhalten und eine neue Grundwasserschutzzone neurechtlich errichten. Ich weiss nicht genau, wie es im oberen Baselbiet ist, dort gibt es natürlich zum Teil auch noch Quellwasser. Dort ist es viel weniger ein Problem, dass man Grundwasserschutzzonen ausscheiden müsste. Es geht einfach darum, abzuwägen, ob wir neurechtlich ausscheiden wollen. Dann müssten wir nach Lausen gehen und die dortigen Bauvorschriften aushandeln, was Lausen wiederum in Itingen tun müsste usw. Es ist auch so, dass das Grundwasserpumpwerk jetzt vom Kanton als „relevant“ eingestuft ist. Ich muss euch auch sagen, dass wenn wir Wasser vom Rhein her nach Liestal pumpen würden und unsere altrechtlichen Grundwasserschutzzonen in die Enge getrieben würden, so wäre auch das Hardwasser nicht neurechtlich ausgeschieden.

Vreni Wunderlin (GLP) fragt nach, ob es sein kann, dass das Pumpwerk plötzlich nicht mehr zugelassen würde?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Im Prinzip könnte der Kanton reinsteuern. Das Problem ist, dass es gar kein Wasser gibt, das neurechtlich ausgeschieden ist und welches man hochpumpen könnte.

5. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Neuigkeiten zur Pfruend

Hat der Stadtrat Informationen vom Kanton, zum Entwicklungsstand über die zukünftige Nutzung der Pfruend?

Stadtrat Lukas Felix: Ja, der Kanton ist daran, die Entwicklung voranzutreiben. Die Stadt Liestal ist dort auch miteinbezogen, insbesondere auch im Rahmen der Masterplanung Rheinstrasse.

6. Frage / Markus Rudin (SVP) – Pick e Bike

In vielen Quartierstrassen in Liestal stehen Velos und Elektroroller von Pick e Bike herum, bis ca. sechs oder mehr Wochen. Meistens sind diese auch unübersichtlich oder an Orten wo Kinder spielen parkiert!

Ist dies dem Stadtrat bekannt? Gibt es dafür bereits eine Parkordnung? Ist dies so rechtens oder wird etwas dagegen unternommen?

Stadtrat Lukas Felix: Auch hier kann ich dir eine einfache Antwort geben. Ja, dem Stadtrat ist das bekannt, denn der Stadtrat hat mit dem Anbieter eine Vereinbarung abgeschlossen, bevor sie die Velos abstellen oder der Bevölkerung zur Verfügung stellen konnten. Der Perimeter, wo die Fahrzeuge abgestellt werden können und dürfen, ist dort drin genau definiert und auch, wo man sie nicht abstellen darf. Ansonsten gelten natürlich die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, wo man Velos oder Roller abstellen darf. Zum Beispiel geht es darum, dass man auf dem Trottoir noch genügend Platz offen hat, dass man auch noch mit einem Kinderwagen oder mit einem Rollstuhl durchgehen kann. Ganz grundsätzlich begrüsst der Stadtrat diese Entwicklung als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr und möchte ihre Nutzung auch gezielt fördern.

Markus Rudin (SVP) bedankt sich für die Antwort. Mir geht es aber vor allem um die Dauer des Abstellens. Darf man das 6 Wochen oder 2 Monate oder so stehen lassen? Das ist meine Frage.

Stadtrat Lukas Felix: Es ist mir nicht bekannt, dass ein Velo 6 Monate am gleichen Ort steht, das müsste man konkret sagen. Vielleicht wird es einfach jeden Abend erneut abgestellt, das kann sein. Wir haben keine Übersicht darüber, ob ein Velo irgendwo steht. Natürlich dürfte man auch ein Velo 6 Monate an der Strasse stehen lassen, wenn es regulär abgestellt ist. Bei den Autos gilt es genau gleich, es muss regulär parkiert sein, dann ist das natürlich möglich. Aber insgesamt ist die Betreiberin von Pick e Bike dann verantwortlich, dass die Velos auch gewartet und unterhalten werden, dass die Akkus geladen werden und so weiter.

7. Frage / Aleksandra Sax (SP) – Meyer-Wiggli-Strasse, Beleuchtung

Die Meyer-Wiggli-Strasse ist im oberen Bereich sehr schlecht beleuchtet. Können bereits jetzt Massnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung ergriffen werden, statt bis zur für 2027 geplanten Sanierung zu warten?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Bis jetzt ist es noch nicht zur Stadt vorgedrungen, dass dieser Ort als besonders dunkel empfunden wird. Man geht sich dies ansehen, allenfalls mit der EBL zusammen. Grundsätzlich ist es natürlich so, dass die gelben Natriumdampflampen, eine solche gibt es dort, auffallen, seit ganze Strassen mit LEDs gut beleuchtet sind. In der Regel werden viele Orte, bei denen die gelben Natriumdampflampen noch brennen, als dunkel empfunden. Es geht aber darum, dass man dort einmal hingehet und sich ansieht, ob es dort ein Loch gibt, etwas nicht brennt oder ob Massnahmen ergriffen werden müssen.

8. Frage / Peter Küng (SP) – Sieben Dupf-Areal

Gibt es schon konkrete Pläne für die zukünftige Nutzung des "Sieben Dupf"-Areal?

Stadtrat Lukas Felix: Ja. Ich habe mich gefragt, ob du damals schon im Einwohnerrat gewesen bist. Es gibt nämlich einen QP, welcher „QP Im Park“ heisst. Der wurde vom Regierungsrat im Jahr 2003 genehmigt. Dort drin sind zwei Etappen vorgesehen. Die erste ist schon realisiert, die ist hinter dem Sieben Dupf-Areal. Die zweite Ausbaustufe des Quartierplans ist von der Grundeigentümerschaft bereits initiiert worden. Eine erste Vorstellung des Projekts bei der Verwaltung hat stattgefunden. Also dort gibt es einen genehmigten Quartierplan auf dem Areal.

9. Frage / Denise Meyer (SVP) – Aktuelle Baustellen gemäss Liestal aktuell

In der Spitalstrasse sowie der Industriestrasse/Schauenburgerstrasse finden gleichzeitig große Sanierungen statt.

Frage: Wie werden die gleichzeitigen Sanierungen begründet? Ist diese Koordination nicht unglücklich, weil hier viel Bus-, Lastwagen- und Privatverkehr stattfindet?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Bei der Planung von Baustellen wird der Verkehrsfluss immer angeschaut. Auch der Busverkehr wird integriert in die Planung. Jeder Bus muss immer fahrplanmässig verkehren können, auch dann, wenn eine Strasse repariert werden muss, damit der Bus ohne Holpern darüber kommt. Bei der Schauenburgerstrasse, der Industriestrasse und der Spitalstrasse wird auf beiden Achsen immer geschaut, wo gesperrt werden muss. Das ist immer aufeinander abgestimmt und der Bus darf nie behindert werden. Wenn er einmal nicht in der Spitalstrasse durchfahren kann, dann muss man auf der anderen Seite durchfahren können. Den Fahrplan muss man einhalten können. Für den Privatverkehr werden rechtzeitig Tafeln hingestellt, wo man sieht, wenn man wo nicht fahren kann, wie das vor Jahren beispielsweise bei der Sichertstrasse oder bei der Widenhubstrasse auch der Fall war.

10. Frage / Denise Meyer (SVP) – Kantonale Parkplätze

In unmittelbarer Zentrumsnähe verpachtet der Kanton an Angestellte reservierte Parkplätze (z.B. Schleifeweg oder Allee). Diese stehen am Wochen-Ende und auch am Abend grösstenteils leer.

Frage: Könnte der Stadtrat beim Kanton vorstellig werden, um eine Lösung für die Freigabe der Parkplätze ausserhalb der Arbeitszeit und an Wochen-Enden zu erwirken?

Stadträtin Pascale Meschberger: Wir fragen gerne nach. Danke für den Hinweis.

11. Frage / Markus Hügin (SVP) – Öffentliche Toiletten

Seit Monaten bzw. Jahren sind die öffentlichen Toiletten in der Allee sowie beim Elefantentor (Stadtmühle) nicht mehr zugänglich.

Gerade jetzt, wo der Sommer bevorsteht und sich viele Menschen in den öffentlichen Anlagen aufhalten, ist der Bedarf entsprechend hoch. Dennoch bleiben die Toiletten weiterhin geschlossen.

Ich bitte um Auskunft, wann diese Anlagen der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung gestellt werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Toiletten bei der Allee sind seit heute wieder offen. Ich möchte aber noch erklären, weswegen die Toiletten immer wieder geschlossen werden müssen. Dies ist, da sie von Vandalismus betroffen sind. Das sind teilweise grössere Schäden. Beispielsweise werden ganze Rollen WC-Papier in die Toilette geworfen. Anschliessend wird mehrfach gespült und es werden Fotos und Videos gemacht, wie die Allee überschwemmt wird. Dann werden sie repariert und anschliessend wieder geöffnet. Leider ist es so, dass sie teilweise längere Zeit geschlossen bleiben müssen. Das WC bei der Stadtmühle geht erst Mitte

Mai wieder auf. Dort braucht es umfassende Reparaturen. Zudem gibt es WCs bei den Spielplätzen, also beim Kesselweg und bei der Brunnmatt. Diese sind in der Winterzeit geschlossen. Dies aus ähnlichen Gründen, da sie noch etwas abgelegener sind und damit keine solchen Spässchen gemacht werden.

Markus Hügin (SVP): Ich bin nicht ganz einverstanden mit der Antwort. Wenn die Toilette beim Elefantentor schon über zwei Jahre geschlossen ist und man erst jetzt mit Sanierungen beginnt, dann muss ich sagen, dass man hier in Verzug ist. Dass es wegen Vandalismus geschlossen ist, ist verständlich. Dem kann jedoch entgegengewirkt werden, beispielsweise mit einer anderen Bauart, so wie man sie beispielsweise auch auf den Autobahnen vorfindet. Dort kann nichts zerstört werden. Heute ist Markt und es hat viele Leute im Stedtli. Diese können ausser am Wasserturmplatz nirgends auf die Toilette. Jetzt ist zwar die Toilette in der Allee wieder offen, viele haben dies aber möglicherweise nicht gewusst.

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Also ich nehme das gerne entgegen als Unzufriedenheit. Das ist das, was wir machen können. Ansonsten müssten wir neue WCs bauen und das wäre auch wieder ein Budgetposten, den man ins Budget nehmen müsste.

12. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Irrfahrt trotz Navi-System

Hat die Stadt Liestal die geänderte Verkehrsführung, z.B. im Bereich Büchelstrasse und Zeughausplatz aktiv an Anbieter von Navigationssystemen gemeldet, damit die Routenführung entsprechend angepasst wird?

Stadtrat Lukas Felix: Jawohl, das ist passiert und zwar schon mehrfach. Das braucht teilweise seine Zeit und man hakt hier immer wieder nach. Vielleicht noch ein wichtiger Hinweis am Rande: Man darf sich auch an die Verkehrsregeln halten, wenn das Navi etwas anderes anzeigt. Einfach, damit das klar ist. Es kann auch einmal spontan noch eine andere Beschilderung haben. Darauf darf man sich gerne einmal achten, auch auf Zubringerdienst usw. Dies einfach noch als Randbemerkung.

13. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Begrünung Bahnbord Widenhubstrasse

Ist die Stadt Liestal bereit, bei der SBB im Bereich Widenhubstrasse entlang des Bahnbords auf eine tatsächlich sichtbare und gepflegte Begrünung hinzuwirken, da der aktuelle Zustand mit überwiegend Kies und Schotter sowie vereinzelt, ungepflegtem Bewuchs ungenügend ist?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Das Bord ist eine ökologische Ausgleichsfläche und von der SBB gestaltet worden. Die Gestaltung ist durch das Bundesamt für Verkehr bewilligt respektive gefordert. Es gefällt nicht allen Leuten. Es sind 30 junge Bäume darauf gepflanzt worden. Sie sehen noch nicht wie volle Bäume aus und müssen zudem den Anforderungen leitungsnahe Bäume entsprechen. Das Erscheinungsbild vermag nicht alle Leute zu überzeugen und es gibt Reklamationen. Das ist jetzt einfach die Erklärung dazu, dass das so gefordert ist wegen dem Vierspurausbau, wo man mehr Land in Anspruch nimmt.

14. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Bautätigkeit Stabhof

Ist der Stadt Liestal bekannt, ob beim Gebäude Stabhof an der Rathausstrasse aktuell Bautätigkeiten stattfinden, und falls nicht, wird sie darauf hinwirken, dass das Gerüst und das Schutznetz bis zum effektiven Baustart entfernt werden, da diese ohne sichtbare Arbeiten unnötig bestehen bleiben?

Stadtrat Lukas Felix: Die Bauarbeiten sind weiterhin im Gang. Während den Bauarbeiten darf weder das Gerüst noch das Schutznetz entfernt werden. Das ist die einfache Erklärung dazu.

5. Busfahrplan-Verschlechterung – Interpellation betreffend neuer Busfahrplan für Liestal von Denise Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2025-77)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass dieser neue Vorstoss an der letzten Ratsitzung auf Antrag der Interpellantin auf die heutige Sitzung verlagert wurde.

Stadtrat Lukas Felix beantwortet die Fragen der Interpellantin. Ich kann dir keine Antwort geben auf die konkret aufgelisteten Verbindungen geben. Ich kann dir aber eine allgemeinere Antwort geben, die das Gesamte betrachtet. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut ist, insbesondere auch funktioniert und auch Umsteigeverbindungen funktionieren. Insbesondere eine Verbesserung in den letzten Jahren ist der Viertelstundentakt nach Basel mit der S-Bahn, der durch den Fernverkehrshalt hier in Liestal noch ergänzt wird. Das hat dazu geführt, dass insbesondere auch im letzten Dezember der Fahrplan sehr stark umgestellt werden musste und auch bei den Regionalbuslinien, den Buslinien, die in Liestal ankommen und auch bei der Walderburgerbahn umgestellt worden ist. Die Busfahrpläne sind insgesamt auf den neu eingerichteten Viertelstundentakt der S3 und der S33 ausgerichtet worden. Das heisst, es kommen nicht mehr alle Busse gleichzeitig am Bahnhof in Liestal an. Die Situation ist nachher dann auch analysiert worden. Es ist die grösste Fahrplananpassung seit Jahren gewesen, welche schon auf einigen Linien zu Anpassungen im Minutenbereich geführt hat. Grössere Anpassungen sind während des Jahres nicht möglich. Das betrifft auch Linien in Liestal, insbesondere Buslinien. Weitere Verbesserungen oder weiterreichendere Verbesserungen könnten am Schluss nur erzielt werden, wenn die Busse wirklich auf anderen Linien fahren würden. Dort muss man dann aber natürlich auch noch anschauen, ob es wirklich Bedarf gibt nach solchen Buslinien, auch Verbindungen, die du jetzt entsprechend angesprochen hast. Dort gibt es noch festzustellen, dass es in Liestal auch noch ganze Quartiere gibt, die gar keine Busverbindung haben, also wo man irgendwie in einem anderen Modus zur nächsten Busstation oder zum Bahnhof in Liestal kommen muss. Dann noch eine zweite Bemerkung. Du hast in der Interpellation auch Umsteigezeiten von um 2 Minuten genannt. Das scheint aus unserer Sicht nicht eine wahnsinnig gute Lösung zu sein, da man dann bei geringfügigen Verspätungen den Anschluss verpasst oder Personen mit eingeschränkter Mobilität diese Verbindung dann nicht benutzen können. Darum ist auch beim Fahrplan, also wenn man eine Verbindung eingibt, die Umsteigezeit am Bahnhof in Liestal erhöht worden auf den Fahrplanwechsel, damit die Verbindungen, die dort angezeigt werden, auch von Personen, die nicht rennen können, oder von Personen mit eingeschränkter Mobilität bewältigt werden können. Dann noch eine Bemerkung, wie sich die Stadt Liestal einbringen kann, aber wie sich alle einbringen können. Es gibt jeweils die sogenannte Fahrplananhörung. Die findet für den Fahrplan 2027 demnächst statt. Darum bin ich froh, dass wir das Geschäft heute noch beantworten können. Es gibt eine neue Fahrplananhörung, die startet am 22. Mai und dauert bis am 9. Juni und ist unter [ov-info.ch](https://www.ov-info.ch) online aufgeschaltet. Dort kann man den neuen Fahrplan anschauen und dann eine entsprechende Rückmeldung geben. Dazu ist zu sagen, dass je mehr Inputs oder je mehr Anmerkungen es dort gibt, desto eher besteht die Möglichkeit, dass es auch eine Anpassung gibt. In dem Zusammenhang hat die Stadt keinen Sondereffekt, es zählt nicht mehrfach, wenn wir das machen. Aber wir können das natürlich in dem Sinn auch als Stadt Liestal machen. Hier seid aber auch ihr dazu aufgerufen, das zu prüfen. Wenn ihr bei einer Verbindung der Ansicht seid, dass diese gar nicht mehr geht oder dass etwas anderes besser wäre, dann nehmt doch bitte an dieser Fahrplanvernehmlassung teil.

Denise Meyer (SVP) wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Denise Meyer (SVP) bedankt sich für die Antwort. Es hat diverse Änderungen gegeben. Es ist ja nicht nur Liestal betroffen, es hat auch andere Orte, wo es nicht mehr funktioniert. Für mich ist die schlimmste Situation im Fraumatt-Schulhaus. Da ist die Schule um 12 Uhr fertig und

der Bus in Richtung Frenkendorf fährt erst um 12:17 Uhr und derjenige in Richtung Bahnhof sogar erst um 12:24 Uhr. Da geht kein Schüler mehr auf den Bus, denn das reicht gar nicht, um nach Hause zu gehen. Es gibt auch Lehrer, die mittlerweile wieder mit dem Auto anstatt mit dem ÖV zur Schule kommen, weil es einfach nicht reicht, um noch etwas zu machen. Ich bin schon auch der Meinung, dass der Stadtrat dort sicher auch etwas beitragen kann. Ich habe das gelesen im Liestal aktuell und werde dort sicher auch etwas unternehmen. Aber ich hoffe trotzdem, dass der Stadtrat dort auch noch intervenieren wird, denn es ist wirklich teilweise schlimm.

Thomas Grieder (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion der dezidierten Meinung ist, dass der Fahrplan der Buslinien, welche vom Bahnhof Liestal ausgehen, so vorteilhaft wie möglich gestaltet werden sollte. Ich habe jetzt keine genauen Analysen vornehmen können, wie es früher gewesen ist, weil der Online-Fahrplan der SBB rückwirkend nicht mehr verfügbar ist. Das war in den früheren Jahren auch anders, da hat man das machen können. Jetzt geht das nicht mehr. Es ist natürlich unglücklich, wenn man am Bahnhof vom einen auf den anderen Bus umsteigen möchte und jetzt längere Wartezeiten hat. Das hat wahrscheinlich auch damit zu tun, dass man den Bus Nr. 76 jetzt ein bisschen aus dem Takt herausgenommen hat. Früher sind die Nr. 76 und 78 gleichzeitig gefahren, da konnte man wahrscheinlich besser umsteigen. Für uns ist auch wichtig zu sagen oder darauf hinzuweisen, dass es eben, wie Stadtrat Lukas Felix schon gesagt hat, auch Quartiere gibt in Liestal, die gar keine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr haben. Auch diese Leute darf man nicht vergessen, auch zukünftig nicht. Zum bestehenden Fahrplan, glaube ich, kann man im Moment nicht viel machen, ausser beim nächsten Fahrplan darauf hinzuwirken. Ich werde das auch in Anspruch nehmen, weil ich glaube, gerade jetzt für mich als Pendler nach Basel ist es wichtig, dass man einen guten Anschluss nach Basel hat. Insbesondere wurden die Anschlüsse für die Schnellzüge weggenommen. Für viele, die in den Quartieren wohnen, nicht für alle, aber gerade für diejenigen im Raum Altmarkt oder äusseren Altmarkt, für diejenigen in Lausen sowieso, aber für die darf ich jetzt hier nicht sprechen, sind die Verbindungen mit dem Bus Nr. 76 deutlich schlechter geworden. Auch die WB ist für mich eigentlich keine Alternative mehr, um auf den Schnellzug zu gehen, weil da hat man regelmässig einen sogenannten „Sichtanschluss“ auf den Schnellzug, das heisst, man sieht den Zug gerade noch davonefahren und das ist einfach nicht gut. Was bei der Buslinie Nr. 76 auch noch zu sagen ist, ist, dass sie ja alle halbe Stunde fährt, wenn sie nicht verstärkt ist. In diesem Takt ist sie auf die S33 ausgelegt. Dort hat man einen kurzen Anschluss. Das Problem ist einfach, dass die S33 um 20:00 Uhr oder 20:30 Uhr gar nicht mehr fährt. Das heisst, man hat dann eigentlich, wenn man mit der anderen S-Bahn kommt, eine Viertelstunde Wartezeit am Bahnhof und das ist auch nicht gut. Aber wie gesagt werde ich die Möglichkeit auch in Anspruch nehmen und mich einbringen. Ich habe da noch ein paar Ideen für Verbesserungsvorschläge.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen von Fraktions- sowie Einzelsprechern angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-77 durch den Stadtrat.

6. Sportanlagen-Benützung – Bericht Stadtrat zu Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion (Nr. 2023-199)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Daniel Jurt (SVP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht. Es freut mich natürlich sehr, dass man diesen Anträgen oder dieser Idee Folge leistet und die Zeiten anpasst, sodass man auch vor allem in den freien Zeiten und an den freien Tagen wie am Wochenende die Anlage, vor allem jetzt im Sommer, wenn die Tage länger werden, nutzen kann. Für mich ist klar, dass der Lärm immer sehr subjektiv wahrgenommen wird. Ich kann es nur von der Frenkenbündten sagen. Dort habe ich einfach festgestellt, dass die vorbeifahrenden Autos und Motorräder viel lauter sind als die Kinder, die dort auf dem Hartplatz oder auf dem Kunststoffplatz spielen. Nichtsdestotrotz haben wir an einem Sonntag kräftige Jungs gehabt, die dann den Fussball mit voller Wucht an die Metalltüren geknallt haben. Dort habe ich dann auch Einfluss nehmen müssen und sie gefragt, ob es denn wirklich sein muss, dass man den Ball an die Stahltüren knallt, denn das ist dann wirklich Lärm, der nicht unbedingt notwendig ist. Ich glaube es ist auch wichtig, dass die Jungen nicht nur aktiv draussen sein können, sondern auch sensibilisiert werden, dass man an einem Sonntag eben solche Sachen unterlässt. Aber noch einmal herzlichen Dank und ich hoffe, dass das jetzt klappt und nicht unnötig mehr Beschwerden hineinkommen.

Daniel Schwörer (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass es eine sehr gute Beantwortung des Postulats ist. Das ist nötig gewesen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier eine Vereinheitlichung haben einerseits und andererseits eben auch wirklich eine Öffnung für die Jugend, welche die Sportplätze benutzen kann. Wenn wir die Vorlage anschauen, sehen wir auf der Seite 2 das heutige, ich möchte nicht gerade sagen ein Durcheinander, aber doch die ein bisschen bunte Regelung, die festhält, wo überall wie lange Sport gemacht werden darf. Darum ist die neue Tabelle auf der Seite 3 umso besser. Es wird eine Einheitlichkeit geschaffen, die auch gewisse Ausdehnungen umfasst, dass also immer bis um 22:00 Uhr gespielt werden darf und in den Übergangszeiten, wenn es schon früher dunkel ist, nicht mehr der Einbruch der Dunkelheit das massgebende Kriterium ist. Es ist auch schön, dass hier ein Bundesgerichtsentscheid zitiert wird, der anscheinend eben das Kindeswohl auf Bewegung und auf Sport in der Öffentlichkeit oder unter freiem Himmel höher gewichtet als dem Schweizer sein heiligstes Gut, die Ruhe. Sondern dass eben der Kinderlärm besonders geschützt ist, eben sozialadäquat. Das Bundesgericht sagt dann, dass eine Abwägung zwischen den Ruheinteressen und den Freizeitinteressen betreffend Zeitpunkt, Dauer, Häufigkeit und Intensität erfolgen muss. Damit geht der Stadtrat unseres Erachtens den absolut richtigen Weg. Er hat ja auch vor, die Grundlagen für die heutigen Nutzungszeiten, weil sie eben nicht überall bekannt sind, im notwendigen rechtlichen Erlass zu verankern. Ich gehe davon aus, dass das eine Verordnung sein wird. Der Stadtrat oder der Gemeinderat hat gemäss dem Gemeindegesetz sowieso die Kompetenz, ohne spezifische Reglementsgrundlage Benutzungsordnungen für seine Einrichtungen zu erlassen. Was der Stadtrat vielleicht noch besonders anschauen müsste, ist das Nachfolgende. Er zitiert ja selber, dass betreffend Lärm im Polizeireglement immer noch steht, dass für Spielen und Sport im Freien die Bestimmungen der Nachtruhe gelten und für sportliche Anlässe und so weiter Ausnahmen gewährt werden können. Wenn es natürlich eine neue Benutzungsverordnung des Stadtrates geben soll, welche die Benutzungszeiten regelt, muss er sich überlegen, ob man das Polizeireglement nicht anpassen sollte. Das bedingt dann wieder einen Beschluss durch den Einwohnerrat. Dass der Stadtrat jetzt so eine Verordnung erlassen will, ist sehr gut. Es nützt nämlich nichts, die Zeiten einfach nur mit öffentlichen Anschlagstafeln, die sicher wichtig sind, oder auch mit direkter Orientierung, zu publizieren oder zu kommunizieren. Nein, es braucht eine saubere rechtliche Grundlage, die dann auch auf dem Internet abrufbar ist, und das ist eine Verordnung über die Benutzungszeiten der Sportanlagen der Gemeinde Liestal.

Benjamin Erni (EVP) meint als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass sie die Öffnung der Zeiten und die Angleichung aneinander auch sehr begrüßen. Aus unserer Sicht hätte man aber gerade über den Mittag etwas mutiger sein können und mehr Freiheit gewähren können. Dies speziell am Wochenende, wenn man zwischen 12:00 Uhr und 14:00 Uhr warten muss und nach dem Mittagessen vielleicht noch eine Stunde daheim sitzen muss, bevor man wieder auf den Fussballplatz spielen gehen darf. Ein Beispiel, das mir in den Sinn gekommen ist, ist das Gitterlibad. Dieses schliesst über den Mittag auch nicht und wenn man neben oder im Quartier um die Badi wohnt, nimmt man sehr wohl auch Lärm, in Anführungs- und Schlusszeichen, wahr, der vom Gitterli ausgeht. Dort kann man sich auch bewegen und Lärmen wie auf einem Sportplatz auch. Zudem gehe ich eigentlich davon aus, dass wenn man neben einem Sportplatz wohnt, man auch daran denken könnte, dass sich dort Kinder und Jugendliche bewegen werden und somit ein gewisser Lärm verursacht werden könnte. Sonst finde ich eigentlich die Regelung von einer Stunde in Ordnung, denn das kommt, glaube ich, beiden Lagern entgegen. Ich habe gelesen, dass eigentlich die Mittagstische und ähnliche Angebote ausgenommen sind von solchen Regelungen. Auf der anderen Seite habe ich von Kindern gehört, dass sie nicht mehr Fussball spielen dürfen nach dem Mittagessen, weil Beschwerden eingegangen sind und sie nun drinnen warten müssen bis nach dem Mittag, was wahrscheinlich für das Kindeswohl und für das Wohl der Mitarbeitenden dort nicht so förderlich ist. Ich finde aber die Sensibilisierung den Jugendlichen gegenüber, wie Daniel Jurt (SVP) es schon gesagt hat, die vielleicht am Abend ein bisschen länger spielen oder durchaus länger Lärm machen könnten, wichtig. Auch die Information und der Einbezug der Bevölkerung um die Schulhausplätze oder die Spielplätze finde ich wichtig. Merci für die Kenntnisnahme und für die Abschreibung des Postulats und danke für die Massnahmen.

Natascha Brönnimann (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass ihre Fraktion die Anpassung sehr positiv findet. Besonders herausheben möchte ich den klaren Mehrwert für die Kinder und die Bevölkerung durch die längeren Öffnungszeiten. Als besonders wichtig erachten wir, dass die Anwohnenden umfassend informiert und sensibilisiert werden. Dadurch kann verhindert werden, dass es vermehrt zu Reklamationen kommt. Kritisch anmerken möchte auch ich, dass die Mittagspause hätte weggelassen werden können, weil es aus unserer Sicht sinnvoll gewesen wäre, wenn die Kinder auch über die Mittagszeit draussen sein und Lärm machen könnten. Positiv finden wir, dass die Zusammenarbeit mit der Sekundarschule gesucht wird und sich der Rektor des Frenken-Schulhauses dafür einsetzen möchte, dass es auch dort zu Anpassungen der Öffnungstage kommen könnte. Auch wir sind für die Kenntnisnahme und werden das Geschäft als erfüllt abschreiben.

Oliver Britt (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass seine Fraktion den Bericht auch sehr positiv aufgenommen hat. Wir schätzen es sehr, dass das öffentliche Interesse und vielleicht sogar das Interesse der Kinder höher gewichtet wird als das individuelle Interesse der Anwohner. Ich persönlich und ich glaube die Fraktion auch finde, die Mittagsruhe ist verständlich gekürzt worden und es ist dort eine gute Interessensabwägung vorgenommen worden. Der Verzicht für die Regelung im Fraumatt ist ein bisschen schräg aufgenommen worden, weil es eigentlich eine Gleichregelung für alle Anlagen sein sollte. Dort sehen wir, dass eine Verschiebung der Anlage ja keine Aufhebung ist und es muss nach der Verschiebung eine neue Regelung erlassen werden, was man aus unserer Sicht auch bereits jetzt hätte machen können. Dann ist, obwohl wir es vorher schon gehört haben, dass da Schwierigkeiten bestehen, das Bedürfnis von WC-Anlagen bei diesen Spielplätzen natürlich vorhanden. Aber ich werde das jetzt nicht weiter ausführen. Wir finden es gut, dass eine klare Haltung für die Nutzung dieser Anlagen und für die Interessen der Kinder da ist. Den Zeitplan empfinden wir als sehr angemessen. Wir sind für die Kenntnisnahme und Abschreibung dieses Postulates.

Vreni Wunderlin (GLP) hat als Einzelsprecherin noch eine Frage. Welche Zeiten gelten denn bei der Skateboard-Anlage, bei der Beachsoccer-Anlage und beim Stadion Gitterli? Hier ist 22:00 Uhr anscheinend nicht die Grenze. Ich weiss nicht, was die für Bewilligungen haben und wie lange sie dort sein dürfen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) nimmt die Frage auf. Nachher wird sich Stadträtin Pascale Meschberger noch dazu äussern und kann vielleicht etwas dazu sagen.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich für die positive Aufnahme der Postulatsbeantwortung. Dem Stadtrat ist es genauso auch sehr wichtig, dass alle Bevölkerungsschichten in unserem schönen Ort einen Platz haben, um sich aufhalten zu können. Gerade bei Jugendlichen und Kindern freut es uns, wenn sie draussen sind und sich bewegen. Das ist enorm wichtig für die Entwicklung. Uns könnten wir wahrscheinlich auch mehr Gutes tun, wenn wir es mehr machen würden. Deshalb sind wir froh oder dankbar für das Postulat gewesen, es ist uns entgegengekommen. Selbstverständlich ist es immer ein Miteinander, es gibt nicht nur Kinder, es gibt auch andere Leute, die Bedürfnisse haben, auch wenn sie wissen, wo sie hingezogen sind. Deshalb haben wir den kleinen Kompromiss noch gemacht mit der Mittagsruhe, wo wir das Gefühl hatten, auch die, die nebenan wohnen, hätten schon einmal das Recht, dass es vielleicht ein bisschen ruhiger ist für einen Moment. Darüber kann man sich streiten. Wir müssen auch schauen, wie sich das Ganze entwickelt. Wir freuen uns, dass wir das jetzt so in den Angriff nehmen können. Das Fraumatt-Schulhaus ist etwas komplizierter. Das kann ich hier jetzt nicht ausführen. Das werden wir aber anpassen, sobald es so weit ist. Hier wollten wir nicht noch andere Probleme herauskitzeln, die nicht nötig sind. Zur Frage von Vreni Wunderlin (GLP): Das muss ich ganz kurz nachschauen. Es handelt sich dabei um Reglemente, welche der Einwohnerrat einmal verabschiedet hat. Beim Gitterli steht, dass die Übungsplätze bis spätestens 21:30 Uhr und die Sportanlage bis um 22:00 Uhr zu verlassen sind. Aber das ist ein Reglement welches man ansonsten anpassen müsste, wenn man das will.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2023-199 einstimmig zur Kenntnis.

://: Das Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

7. Sportanlagen-Zugänglichkeit – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend die Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion (2024-25)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Domenic Schneider (GLP) bedankt sich als Postulant beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Für mich ein bisschen schade ist, dass aufgrund von vermutlichen Verfehlungen von einigen wenigen einmal mehr in unserem Leben wieder ganz viele etwas nicht können. Spannend ist für mich auch, dass die Mitarbeitenden, die für die Hallen und für die Schulanlagen schauen, sich insgesamt während der schulfreien oder unterrichtsfreien Zeit sehr gut abtauschen können. Das ist mir so bestätigt worden. Diese rotieren dann und schauen halt für andere Anlagen auch noch. Aber wenn es dann um die Turnhallen geht, dann geht es plötzlich nicht mehr. Sie sagen mir auch, dass in vielen Bereichen auf die Eigenverantwortung von Leuten, die Zutritt haben, gesetzt wird und dass man dann halt am nächsten Morgen schaut. Wenn jemand etwas nicht gemacht hat, spricht man nachher mit dieser Person und sagt, dass wenn es wieder passiert, die Person nicht mehr reinkommt. Wenn es um die Turnhalle geht, ist das anscheinend nicht möglich, dass man am Morgen schaut, da muss man unbedingt am Abend um 23:00 Uhr noch einmal durch die Halle gehen. Das sind für mich ein paar Punkte, bei denen ich denke ok, ich würde einfach einmal mit diesen Personen anschauen, ob die Bereitschaft zum Arbeiten, so wie ich mir das vorstelle aus Sicht der Kundenorientierung, die richtige ist, obwohl sie sicher einen sehr guten Job machen. Aber ich habe gesehen in der Beantwortung des Stadtrates, dass es dem Stadtrat wichtig ist, dass die Vereine trainieren können, wenn sie das müssen. Im einen Fall muss man bei der Sicherheit anklopfen, im anderen Fall muss man beim Abwart anklopfen, in einem wieder anderen Fall muss man dort einen anrufen und je nachdem muss man noch die Beziehung spielen lassen, aber irgendwie kommt man dann schon rein, wenn es unbedingt sein muss. Eine Vereinfachung wäre vielleicht möglich, wenn man das will. Aber der Stadtrat hat gesagt, es sei ihm wichtig, dass die, die sich vorbereiten müssen, das können. Das nehme ich mit und aus diesem Grund bin ich für die Kenntnissnahme und die Abschreibung des Postulates. Von daher danke ich noch einmal vielmals für die Beantwortung. Er wird nun die Sitzung verlassen und zwar nicht aus Protest, sondern weil er noch an eine andere Sitzung muss.

Anita Baumgartner (GL) meint als Mitunterzeichnerin des Postulates, dass der Bericht eher knapp ausgefallen ist. Ich hätte mir auch gewünscht, dass man ein bisschen mehr aufgezeigt hätte, wie denn die anderen Gemeinden das konkret regeln und nicht einfach, dass gesagt wird, dass angefragt wurde und die einen Gemeinden es machen, die anderen nicht. So weit waren wir nämlich auch schon. Es wäre toll gewesen, hätte man dies vielleicht ein bisschen mehr aufgezeigt. Ansonsten hätten wir uns gewünscht, es gäbe ein bisschen mehr Offenheit oder Flexibilität für alle und nicht nur für diejenigen, die Wettkämpfe machen. Auch hätten wir uns etwas weniger administrativen Aufwand gewünscht.

Marius Ziegler (SVP) sagt als Mitpostulant, dass sie gehofft hätten, dass der Stadtrat vielleicht eine andere Lösung gefunden hätte. Mir ist einfach nochmals wichtig zu betonen, wie wichtig die freiwillige Arbeit in den Sportvereinen ist, sei es im Breitensport, aber auch im Wettkampfsport. Mit einer erweiterten Turnhallenöffnung in den Schulferien hätte man sicher dort als Stadt eine weitere Unterstützung geben können, um unsere Sportvereine in Liestal zu unterstützen. Wir werden das Postulat abschreiben.

Stefan Fraefel (Mitte) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass jetzt einfach die Turnhallen aufgemacht werden sollen, das kann ja nicht so schwer sein!. Doch, wenn man die Antwort liest, ist es eben doch nicht so einfach und es ist im Hintergrund einiges zu berücksichtigen, was es dann eben doch schwer macht. Die Dienstleistung erbringt die Stadt zu

einem grossen Teil gratis, wenn ich es richtig gelesen habe. Dem muss man sich einfach auch bewusst sein. Und die Stadt geht offenbar auch auf Bedürfnisse ein. Aber ja, wenn man die Antwort liest, ist jetzt nicht eine riesige Begeisterung zu spüren, das komplett zu hinterfragen. Vielleicht wäre eine gewisse Vereinfachung unter Umständen möglich. Aber wir von der FDP/Mitte-Fraktion verstehen die Überlegungen des Stadtrates und denken, dass die bisherige Lösung mindestens ausreichend ist, wenn nicht sogar gut. Etwas anderes ist immer möglich, aber wir sind zufrieden mit der Postulatsbeantwortung und werden die Abschreibung empfehlen.

Aleksandra Sax (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass ihre Fraktion es begrüsst, dass grundsätzlich so viele Hallen allen Vereinen zur Verfügung stehen und das kostenfrei. Wir haben auch Verständnis dafür, dass die Reinigungs- und Wartungsarbeiten aus organisatorischen Gründen in den Ferien ausgeführt werden. Ich denke, dass die auch wichtig sind für die Qualität dieser Anlagen. Im Bericht haben wir gesehen, dass die Rede davon ist, dass man in Absprache mit den Vereinen Lösungen sucht und andere Angebote macht, wenn jetzt gerade die entsprechende Halle geschlossen ist, die man sonst braucht. Wir haben uns natürlich gefragt, welche Vereine das sind, welche diese Möglichkeit nicht nutzen konnten, und haben uns natürlich auch gefragt, ob allenfalls eine frühzeitige Planung und Flexibilität von beiden Seiten dort helfen könnten, dass das gute Angebot für alle Vereine auch in der Ferienzeit stattfinden kann. Damit nimmt die SP-Fraktion den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Stadträtin Pascale Meschberger bestätigt, dass es tatsächlich ziemlich eng ist. Ich war selbst beeindruckt, wieviele Hallen Liestal zur Verfügung stellt. Es sind 12 eigene Hallen plus 6 zugemietete Hallen, die man zur Verfügung stellt. Ich glaube, da kann man nicht viel sagen. Diese Hallen sind übrigens praktisch wirklich rund um die Uhr, also natürlich nicht in der Nacht, perfekt ausgebucht. Da braucht es per se schon fast eine Person, die nur für das angestellt ist, um das überhaupt zu planen. Das ist eine relativ grosse logistische Herausforderung. Wir würden gerne die Halle regelmässiger warten können. Aber während der Schulzeit ist es schlicht nicht möglich, weil sie ebenso gut gebucht sind, was uns ja sehr wichtig ist, denn auch uns im Stadtrat liegt es sehr daran, dass wir Sportvereine haben und dass die ihre Vereinstätigkeit ausüben können. Uns ist auch der Breitensport wichtig, wir freuen uns aber auch über diejenigen, die Leistungssport machen. Wir sehen es alles als wichtig an. Wir versuchen, sie so weit wie möglich zu unterstützen. Eine zusätzliche Stadthalle ist damals abgelehnt worden, das können wir leider nicht anbieten. Aleksandra Sax (SP) hat es schön gesagt, die Hallen müssen gewartet werden, weil sonst sind sie einfach weniger lang lebensfähig und das wollen wir auch nicht, wir wollen sie so lange wie möglich erhalten. Unsere Leute arbeiten meiner Meinung nach, was ich bis jetzt höre, sehr gut. Da möchte ich unseren Abwarten keine Vorwürfe machen. Wenn man dort auch noch etwas schrauben will, dann braucht man effektiv einfach mehr Personal. Das können wir gerne machen, wenn das gewünscht ist, aber ich glaube, so wie es jetzt funktioniert, ist es gut. Die Vereine wissen, wo sie sich bei der Stadt melden dürfen, wenn sie eben gerne während der Ferien auch Sport weitermachen wollen, weil sie vielleicht einen Wettkampf haben. Eigentlich wissen sie, wo sie hingehen müssen und müssen nicht irgendetwas unter der Hand machen. Genau das wollen wir nämlich nicht. Was man glaube ich auch noch betonen kann, und das hat Stefan Fraefel (Mitte) schon angetönt, ist, dass Sportvereine eigentlich recht gut gestellt werden in der Stadt. Es gibt andere Vereine, wo man schauen muss, dass sie nicht zu kurz kommen. Also in Bezug auf die Gleichberechtigung müssen wir auch immer ein bisschen anschauen, dass wir allen gerecht werden, wir wollen nicht die einen bevorzugen vor den anderen. Das ist unsere Antwort. Wir können leider nicht mehr bieten. Ich glaube, wir sind am Anschlag. Wenn man etwas anderes will, dann liegt es an euch, dann können wir gerne eine neue Halle bauen oder irgendetwas anderes, aber das ist eure Entscheidung. Im Moment können wir leider nicht mehr anbieten, das tut uns leid.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

- ://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2024-25 mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis.
- ://: Das Postulat «Sportanlagen-Zugänglichkeit – Bericht Stadtrat zu Postulat betreffend die Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion von Daniel Jurt der SVP-Fraktion wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.

8. Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Raubedarf und flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim (SP) und Anita Baumgartner (GL); Nr. 2025-55

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Anita Baumgartner (GL) erklärt als Postulantin, dass sie nicht davon ausgegangen ist, dass das Traktandum heute noch behandelt wird. Sie bedankt sich für den guten und doch ausführlicheren Bericht, als sie es nach der eher grossen Skepsis bei der Entgegennahme gespürt habe. Ich bin positiv überrascht, wie gut man es versucht hat anzuschauen, wie es in der Stadt effektiv aussieht. Man kann dem Bericht einiges entnehmen. Ich habe mit Freude gelesen, dass Gleitarbeitszeit gang und gäbe ist. Das ist, denke ich, ein wichtiges Tool, um Flexibilität zu ermöglichen. Ich habe auch gelesen, dass es durchaus Potenzial gibt, Arbeitsplätze zu teilen. Dass man dies so klar sieht und im Bericht schreibt, denke ich ist der erste Schritt, um das auch in Zukunft weiter zu verfolgen. Ich habe auch gelesen, dass Homeoffice ein Thema sein kann auf der Verwaltung. Wenn man es beantragt, wird es bewilligt im Umfang von einem Arbeitstag pro Woche bei einem Vollzeitpensum. Dazu würde ich einfach gerne auf eine Studie der FHNW hinweisen, die doch zum einen aufzeigt, dass für knapp 40% der Arbeiten Homeoffice durchaus eine Möglichkeit ist. Das Argument, dass es Arbeiten gibt, welche nicht von zu Hause aus erledigt werden können, ist natürlich valid. Aber es sind oft nicht so viele Arbeiten, wie man im ersten Moment denkt. Diese Studie zeigt auch, dass rund 50% der Erwerbstätigen gerne 3 oder weniger Tage pro Woche vor Ort arbeiten wollen und dass die Bedeutung des mobilen Arbeitens respektive des Homeoffices über die letzten Jahre doch massiv zugenommen hat. Ihr wisst es alle, die Corona-Pandemie hat dort einen rechten Schub verursacht. Im Jahr 2016 war die Ermöglichung von flexiblem Arbeiten nur für 5% der Erwerbstätigen ein Muss-Kriterium bei der Jobauswahl. Inzwischen ist man bei etwa 15%, welche das als Muss-Kriterium angeben und 27% der Arbeitssuchenden sagen, es sei ihnen ein sehr wichtiges Kriterium. Ich möchte das einfach mitgeben an den Stadtrat. Flexible Arbeitsformen sind ein Plus bei der Wahrnehmung der Stadt als attraktiven Arbeitgeber und es ist auch ein Plus bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In dem Sinne danke für den Bericht, bleibt bitte dran und seid offen, nutzt das Potenzial, das verfügbar ist. Es ist wichtig, dass die Stadt gute, flexible und motivierte Mitarbeitende findet und für das sind die flexiblen Arbeitsformen nicht eine Bremse, sondern eine Chance.

Vreni Wunderlin (GLP) meint als GLP/EVP-Fraktionssprecherin, dass es aus Sicht ihrer Fraktion ein sehr guter Bericht ist. Die vorhandenen Möglichkeiten sind sehr differenziert beschrieben und gehen auf die einzelnen Bedürfnisse ein. Homeoffice wird grundsätzlich unterstützt, wo es möglich ist. Dass Desksharing nur reduziert auf Fachabteilungen angeschaut wird, erscheint uns auch aus Datenschutzgründen sinnvoll. Da gilt es auch Rücksicht zu nehmen bei Störungen akustischer Art. Das ist alles nicht so einfach. Der Stadtrat möchte die Thematik Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze speziell bei einer Erweiterung des Stellenplans weiterverfolgen und fördern. In dem Sinne nehmen wir Kenntnis vom Bericht und schreiben das Postulat einstimmig als erfüllt ab.

Anja Weyeneth (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass ihre Fraktion auch davon ausgegangen ist, dass das Traktandum nicht mehr behandelt wird. Unser Fraktionssprecher ist leider schon gegangen und ich werde versuchen, das jetzt so gut wie möglich wiederzugeben. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht ohne Begeisterung zur Kenntnis. Man merkt dem Bericht die Skepsis gegenüber den neuen Arbeitsmodellen wie Homeoffice und Desksharing an, das ist spürbar. Der Umgang mit Homeoffice ist auch immer eine Frage der Führungskultur. Immerhin scheint es langsam vorwärtszugehen. Homeoffice ist heute eine Realität und ist auch oft ein Argument, um gute Arbeitskräfte zu gewinnen. Gerade auch für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit können ein oder zwei Homeoffice-Tage sehr viel bewirken und die Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhöhen. Nun zu den Büroräumlichkeiten. Wenn dann auch in Liestal das papierlose Büro Realität werden sollte und die Digitalisierung weiter

fortgeschritten wird, ist das eine Anforderung an die Räumlichkeiten der Verwaltung, das weiterzuentwickeln und zu verändern. Es ist eine Tatsache, dass wohl zumindest in absehbarer Zeit nicht gleich viele Büroräume eingespart werden können, wie Homeoffice gemacht wird. Trotzdem ist es aus unserer Sicht richtig, dass die Stadt zukünftig weniger Büroräume dazu mietet. Vielmehr gilt es heute auch schon Optimierungen mit Homeoffice und Desksharing voranzutreiben und die Anschaffungen von nicht ganz billigem Büroraum zu vermeiden. Die SP-Fraktion ist für die Kenntnisnahme des Berichts und für die Abschreibung des Postulats.

Lorenz Holinger (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass seine Fraktion bereits bei der Überweisung des Postulats skeptisch gewesen sei und zu Bedenken gegeben habe, dass die Stadt bereits heute gute Möglichkeiten und ein gutes Angebot, soweit dies möglich ist, habe. Das widerspiegelt sich dann auch im vorliegenden Bericht. Bezüglich Kosten ist es halt so, dass der Arbeitsplatz an sich nicht der grosse Kostentreiber ist, sondern die entsprechenden Stellenprozente, die zum Arbeitsplatz gehören, egal, wo sich der schlussendlich befindet. In unseren Augen muss das immer gut begutachtet werden, wenn es darum geht, irgendwelche neue Modelle und Umverteilungen des Arbeitsplatzes zu evaluieren. Sicher ist in diesem Zusammenhang auch noch zu prüfen, ob allfällig ausgelagerte Abteilungen, die aktuell in eingemieteten Räumlichkeiten angesiedelt sind, künftig allenfalls in den jetzigen Räumlichkeiten der Verwaltung der Bürgergemeinde Platz finden könnten. Wir von der SVP-Fraktion sind einstimmig für die Kenntnisnahme und Abschreibung.

Yvonne Ballmer (Mitte) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecherin fest, dass auch sie der FDP/Mitte-Fraktion erfreut über die ausführliche Beantwortung sind. Es hat aufgezeigt, dass doch schon einiges gemacht wird von der Stadt, wie auch damals schon beantwortet worden ist, dass eben auch alle Anträge auf Homeoffice bewilligt werden. Die Auflistung von diesen Arbeitsplätzen zeigt, dass es vielleicht doch noch am einen oder anderen Ort Potenzial hat. Bezüglich Kosten sind wir auch eher auf der Seite der SVP-Fraktion, dass mit ein paar Arbeitsplätzen weniger nicht wesentlich Kosten eingespart werden können. Auch wir von der FDP/Mitte-Fraktion sind für die Kenntnisnahme und Abschreibung.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass auch er nicht gänzlich davon ausgegangen ist, dass das Traktandum heute noch behandelt wird, vorbereitet sei er trotzdem. Besten Dank für eure Rückmeldungen. Die Lage ist eben, wie wir schon damals gesagt haben, ein bisschen kompliziert. Ich möchte auch dieser Unterstellung widersprechen, welche aus der SP-Fraktion geäußert wurde, dass wir gegen Homeoffice sind oder keine Lust haben, dies zu machen. Das Thema ist einfach vielschichtig. Ich selber arbeite auch sehr viel im Homeoffice. Man kann flexibel arbeiten. Aber Homeoffice heisst eben Home-Office und nicht nebenbei noch Kleinkinder auf dem Schoss haben, wie man es auf den schönen Bildern teilweise sieht. Wenn jemand in wunderbaren Office-Kleidern vor dem Computer sitzt und noch ein Kind auf dem Schoss hat, dann tut es mir leid, dann soll man in dieser Zeit auf die Kinder schauen, nicht arbeiten. Ich kann es aus eigener Erfahrung sagen, dass immer dann, wenn meine Tochter gespielt hat und ich abschleichen wollte, um am PC noch eine Mail zu beantworten, sie dann doch gekommen ist. Auch in diesen Momenten muss man sich auf die Kinder konzentrieren und es ist eben Arbeitszeit und nicht Betreuungszeit. Aber es gibt natürlich gewisse Flexibilitäten. Wenn ich nicht immer nach Bern muss, bin ich auch froh, dann kann ich auch schnell die Kinder abholen, wenn ich das muss. Uns ist sehr bewusst, dass dies ein grosses Plus für die Arbeitnehmenden ist. Ebenfalls zu beachten sind, neben der grossen Diversität der Aufgaben, die wir haben, unsere Räumlichkeiten. Nebst Homeoffice gibt es ja noch viel mehr Optionen, wie man arbeiten kann, beispielsweise blended work oder mit Coworking-Spaces. Das ist ein riesiges Thema. Aber wir haben in unseren Räumlichkeiten halt ein altes Rathaus und können dieses nicht einfach für alle Officeformen umbauen. Weiter haben wir das ausgeführt zur Thematik des Datenschutzes. Dann möchte ich auch noch zu Bedenken geben, dass wir als Arbeitgeber für diejenigen, die von zu Hause aus arbeiten, eine Fürsorgepflicht haben. Wenn nämlich die Arbeitnehmenden an einem kleinen Tischlein arbeiten, bei welchem sie vielleicht noch etwas herunterklappen können, aber in einer ungesunden Haltung sitzen, weil es keinen Platz mehr hat, dann ist das auch nicht gut für sie. Das muss man natürlich auch noch

berücksichtigen. Damit sage ich einfach, dass wir nicht gegen Homeoffice sind, die Fragestellungen sind jedoch vielschichtig. Es geht auch um die Kultur eines Unternehmens. Ich selbst bin wenig nah an der FH und habe wenig Kontakt mit den Leuten vor Ort. Das ist auch nicht unbedingt immer einfach in der Zusammenarbeit. Schliesslich ständig über den Laptop oder über das Handy zu kommunizieren, hilft da auch nicht. Wir sind Menschen und möchten auch gemeinsam interagieren. Wie gesagt handelt es sich um ein vielschichtiges Thema. Für riesige Konzepte sind wir einfach zu klein und zu heterogen von den Aufgaben her als Stadt. Wir berücksichtigen dies aber, wie wir geschrieben haben. Entsprechend besten Dank für die mehrheitlich positiven Rückmeldungen zu unserem Konzept. Unsere Arbeitnehmenden sind ganz wichtig und da schauen wir, dass wir mithalten können. Aber auch das Unternehmen oder die Verwaltung Stadt Liestal muss zusammen funktionieren. Das ist immer ein bisschen eine Gratwanderung, aber der Stadtrat ist sich dessen bewusst und wird hier weiter gut hinsehen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) sagt, er werde nun über die zwei stadträtlichen Anträge abstimmen lassen, da keine weiteren Wortbegehren vorliegen.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zum Postulat Nr. 2025-55 einstimmig zur Kenntnis.

://: Das Postulat «Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim (SP) und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass nun diejenigen Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht haben, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Sitzung noch mündlich begründen können.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

Absage der Einwohnerratssitzung vom 20. Mai 2026

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass in der Pause eine Bürositzung stattgefunden hat. Die Einwohnerratssitzung vom Mai ist abgesagt, da sie lediglich 4 bis 5 Traktanden gehabt hätte, was aus unserer Sicht nicht genug ist, um eine Sitzung einzuberufen. Deshalb danke ich heute doppelt für die Geduld, die ihr gehabt habt, damit wir das Traktandum heute noch haben abschliessen können. Wir sehen uns dann in der Juni-Sitzung. Somit ist diese Sitzung geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:11 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Philipp Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann